

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenzeilige Postzeile oder deren Raum 1.80 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 1.50 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 124.

Dienstag, den 31. Mai 1921.

28. Jahrgang.

Rathenau Wiederaufbauminister.

Berlin, 30. Mai. Amtlich wird bekanntgegeben: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers Herrn Walter Rathenau zum Wiederaufbauminister ernannt.

Dr. L. Lübbed, den 31. Mai.

Nach langem Zögern hat Rathenau sich bereit erklärt, die Leitung des Wiederaufbauministeriums zu übernehmen. In das Kabinett Wirth ist damit ein Mann eingetreten, der ihm das Gepräge geben, der, neben Wirth vielleicht, der führende und tragende Kopf der deutschen Politik der nächsten Zeit sein wird.

Wenn wir schon vor einigen Tagen gewünscht haben, daß es Wirth gelingen möge, Rathenau zu gewinnen, und wenn wir seinen endgültigen Eintritt jetzt begrüßen, so hat das sowohl persönliche als auch sachliche Gründe.

Rathenau ist zweifellos eine der interessantesten und geistvollsten Persönlichkeiten, die zurzeit in Deutschland bekannt sind. Er ist vielleicht der im Ausland bekannteste und am meisten geschätzte lebende Deutsche.

Zwar weniger als Politiker — als solcher ist Rathenau kaum hervorgetreten —, sondern als Wirtschaftsführer und vor allem als außerordentlich feinsinniger Sozialphilosoph, der die tiefgründigsten und originellsten Abhandlungen geschrieben hat über die Beweggründe und die Tatsachen der ökonomischen Umwälzungen unserer Zeit.

Seine bekanntesten Schriften sind „Die Mechanik des Geistes“, „Die Kritik der Zeit“, und die charakteristischste „Von kommenden Dingen“. Gerade dieses letzte Werk hat dem Namen Rathenau in Gewerkschaftskreisen einen guten Klang verschafft; er schuf wesentliche Grundlinien für die Planwirtschaft, die Wirth in sein Programm aufgenommen hat. Keinesfalls geht aber Rathenau selbst in seinen ökonomischen Forderungen so weit wie Wirth, oder gar wie die Gewerkschaften. Seine Planwirtschaft hat mit Sozialisierung nichts gemein; sie will auf das kapitalistische Eigeninteresse nicht verzichten und möchte nur die sogenannte Anarchie der Produktion nach einem gewissen Plan ordnen, um sie zu überwinden. Die Gewerkschaften, Silberstein besonders, werten die Planwirtschaft nur von dem einen Gesichtspunkt, inwieweit sie als Schrittmacherin der Sozialisierung zu dienen imstande ist; für Rathenau ist die Planwirtschaft das an sich Erstrebenswerte, das ökonomisch sich daran anschließende ist ihm gleichgültig, da es noch völlig im Schoße der Ungewißheit ruhe.

Die wissenschaftliche Tätigkeit hat Rathenau bekannt und berühmt gemacht; das, was ihn für den Posten als Wiederaufbauminister aber empfahl, war seine bisherige praktische Tätigkeit. Die Leitung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, an deren Spitze er steht, hat er zwar von seinem Vater übernommen, aber die jegliche großartige Organisation, die sie zu einem der ersten Erwerbsunternehmen der Welt gemacht

hat, stammt im wesentlichen von dem Sohn. Er hat sie in weitestgehender Weise vertrautet, mit einer Menge Tochtergesellschaften ausgestattet und international verknüpft.

Die Ernennung Rathenaus stößt trotz seiner allseitig anerkannt überragenden Tüchtigkeit auf den erbitterten Widerstand weiter Rechtskreise. Das hat zwei Gründe. Zum ersten ist er Jude, und es gibt noch viele Deutsche, die von einem unfähigen Junker lieber regiert sein wollen als von dem fähigsten Juden. Und zweitens ist Rathenau der geistige Vater der Zwangswirtschaft während des Krieges und auch heute noch ihr Befürworter. Bei den meisten Agrariern genügt dieses letztere allein schon, um sie ein Wutgeheul anstimmen zu lassen.

Und doch war es die großartigste Leistung des ganzen Krieges, als es Rathenau gelang, an der Spitze der Rohstoffabteilung den Seeresbedarf sicherzustellen. Als die Organisation geschaffen war, trat der Schöpfer zurück; ebenso wie sein Freund Ballin war auch Rathenau angeekelt von dem schändlichen und geistlosen Kriegstreiben der Generale; wie im Frieden gegen den Krieg, so kämpften diese beiden im Krieg für den Frieden.

Das Wiederaufbauministerium, das 1919 begründet und mit Gessler besetzt wurde, hat irgend eine Rolle bis heute nicht gespielt. Das wird wohl anders werden. Der hervorragenden Verhandlungsbegabung eines Rathenau wird es möglich sein, die Franzosen von der Notwendigkeit der Heranziehung der deutschen Arbeit zur Wiederherstellung Nordfrankreichs zu überzeugen. Den Hauptwiderstand haben Briand und Loucheur ja schon aufgegeben. Der Gedanke, eine rote Zone herauszuschneiden, die von Deutschen aufgebaut werden soll, steht dicht vor der Verwirklichung.

Rathenau wird also ein dankbares Arbeitsfeld vorfinden; die Mitarbeit der Gewerkschaften ist ihm sicher, und auch die Großindustrie hat sich bereit erklärt, alle ihre Kräfte dem neuen Wiederaufbauminister zur Verfügung zu stellen.

Berliner Stimmen.

II. Berlin, 31. Mai. Im „Berl. Tagebl.“ erörtert Bernhard Dernburg Rathenaus Ernennung zum Wiederaufbauminister. Dernburg erklärt, daß die leitende Organisation nur von einem Wirtschaftler größten Stils zu verwirklichen sei. Rathenau sei ein solcher. Er sei kein parlamentarischer Minister, wenn er auch auf demokratischem Boden stehe. Sein Amt sei ein wirtschaftlich-technisches, kein politisches. Rathenau sei im besten Sinne international.

Der „Vorwärts“ bemerkt: Im Kabinett wird Rathenau zweifellos ein anregendes Element sein und da er es hier nicht mit einem kritiklosen Publikum zu tun hat, braucht man auch nicht zu befürchten, daß alle seine einzelnen sichtbaren Pläne Spuren in der deutschen Politik zurücklassen werden. Es genügt, wenn die guten unter ihnen ihre Verwirklichung finden.

lande erhoben wird oder in Devisen erhoben werden muß, in Papiermark zu vergüten. — Im Schoße des Kabinetts sind ferner zwei sehr verschiedene Pläne zur Deckung der Annullitäten und sonstigen Ausgaben gestellt worden. Der eine will die neuen Lasten durch eine etwa 20prozentige Wertbesteuerung ausbringen, also durch eine Art zweites Reichsnotopfer, der andere Vorschlag will das Problem durch eine Anzahl neuer Monopole und Steuern lösen. Man erwägt eine Ausnutzung der Spannung des Kohlenpreises im Inlande und im Auslande, wobei auch ein Verkaufsmonopol zur Debatte steht. Des Weiteren wurde von einer Erhöhung der Körperschaftsteuer gesprochen. Man hat auch angeregt, den Satz der Umsatzsteuer zu verdoppeln. Endlich meint man, durch eine verschärfte Veranlagungskontrolle die Ergebnisse der Steuern, insbesondere der direkten, bessern zu können.

Am Mittwoch wird also Wirth das verschleierte Bild von Sais enthüllen. Aber nur das eigene seines Reparationsprogramms. Das Bild von Sais, das die „Lüb. Anz.“ sich privatim voller Graufen geschaffen haben, das bleibt wohl ewig verschleiert.

Souralistische Zitate sind eben etwas anderes als Kasernenhoffüllten; diese sind Ergüsse eines militärischen Grades von beliebiger Höhe, jene aber haben außerdem noch etwas zur Vorkausung: Verstand.

Steigen des Dollarkurses infolge der deutschen Milliardenzahlung.

II. Paris, 30. Mai. Die Bezahlung der ersten Milliarden durch Deutschland hat in Berlin, London und Paris eine Steigerung des Dollarkurses und infolgedessen eine Störung der Berechnungen der Wiedergutmachungskommission hervorgerufen.

Enttäuschung der Beamten.

Das erste rein bürgerliche Kabinett der Republik ist gescheitert; gescheitert sowohl in der äußeren als auch in der inneren Politik an der absoluten Unfähigkeit einiger seiner Mitglieder. Als Erbe hat es dem arbeitenden deutschen Volk nichts als Enttäuschungen bitterster Art hinterlassen. Ganz besonders gilt dies auch für die große Masse der Beamten.

Wie lebhaft ging doch die deutschvolksparteiliche Wasmühle, wie konnte sie nicht genug die bösen Sozialdemokraten schmähen, die nichts, aber auch absolut nichts für die Beamten übrig hatten, und was wußte die Deutsche Volkspartei den Beamten nicht alles zu versprechen. Das Blaue vom Himmel war noch die geringste unter ihren Zusicherungen. Und jetzt? Ebenso wie in allen anderen Fragen kann die Blamage auch auf diesem Gebiet nicht mehr größer sein.

Die versprochene Revision des Besoldungsgesetzes; sie ist zur Farce geworden. Die alten „kaiserlichen“ Disziplinargerichte wüten noch immer nach bewährtem Muster. Von einem Vorwärtkommen in den Arbeiten zum neuen Beamten- und Disziplinarrecht ist trotz allem Drängen nichts zu vernehmen. Des unwürdigen Spieles im Dezember vorigen Jahres gelegentlich der Erhöhung der Teuerungszulagen wird sich noch jeder entsinnen können. Erst als die Arbeitergewerkschaften den Beamten zu Hilfe kamen, wurde die bürgerliche Regierung gezwungen, nachzugeben. Die Errichtung der von der früheren „sozialistischen“ Regierung beschlossenen Abteilung für Beamtenfragen im Reichsministerium des Innern ist in Vergessenheit geraten. Die auf Antrag der SPD. schon bewilligten Stellen für diese dringend notwendige Abteilung wurden nicht besetzt. Der Sparbeamtenkommissar soll angeblich schuld daran sein, — ohne daß er je irgendwelche Befugnisse hierzu gehabt hätte, — in Wirklichkeit: man wünschte die Abteilung gar nicht, aus bestimmten Gründen nicht. Der bekannte Erlaß der Regierung über die Arbeitszeit der Beamten ist nichts anderes als ein Versuch zur Durchbrechung des Achtstundentages. Bei den Beamten soll der Anfang gemacht werden, Fortsetzung folgt bei den Arbeitern. Das Beamtenrätegesetz, ein Kapitel für sich! Anstatt, wie versprochen, die Arbeiten hierzu mit Hochdruck zu fördern, versuchte dies und jenes Reichsressort die Frage im Verordnungswege zu lösen. Daß dabei das alte, ehrliche Dreiklassenwahlrecht zu neuem Leben erstanden sollte, war wohl nur ein Schönheitsfehler. Die Regelung sollte ja auch nur vorläufig sein; sollte sie sich bewähren, dann allerdings... usw. Die sozialistische Beamtenschaft hat diesen Ueberfall glänzend abgelehnt. Das war vor fast einem Jahre. Der eigentliche Gesetzesentwurf ist jedoch noch immer nicht erschienen. Die bürgerliche Regierung hat es nicht fertig bekommen, dem Reichstag diesen Entwurf vorzulegen; jetzt wird die SPD. Fraktion einen entsprechenden Entwurf als Initiativantrag einbringen.

Die Perlenkette der Verdienste der bürgerlichen Reichsregierung um die Beamtenschaft ließe sich noch beliebig verlängern. Doch das Angeführte genügt, um darzutun, daß die verflorenen Regierung aus Dank für den guten Ausfall der Wahlen vom 6. Juni 1920 vor Wohlwollen für die Beamten geradezu triefte. Was hat demgegenüber die „sozialistische“ frühere Regierung und die Sozialdemokratie im besonderen für die Beamten getan? — Du lieber Gott, die Verfassungsbestimmungen für die Beamten hören sich ja ganz nett an, jedoch ist zum Beispiel die volle politische Gleichberechtigung des Beamten heute etwas fast Selbstverständliches, und auch der ermöglichte Aufstieg des Beschäftigten in höhere Stellungen kam auch früher schon vor. In der Praxis hat das alles aber herzlich wenig Bedeutung. Die reaktionäre Krone in den Verwaltungen sorgt schon dafür, daß von der politischen Freiheit usw. kein oder nur ein sehr geringer Gebrauch gemacht wird; der Schmied hat für solche Burschen immer noch Jangen! Und wegen des Aufstiegs, da sorgt man eben, daß die „richtigen“ Leute als Konzeptionschulzen vorgeschoben werden — und alles bleibt beim Alten! In diesem Fahrwasser segelte das bürgerliche Kabinett. Soll dies so bleiben?

Eine ganz besondere Freude hat aber das verfallende bürgerliche Kabinett den Beamten mit dem Nachtragset für 1920 bereitet. Es war sozusagen eine Abschiedsgabe „zum bleibenden Angedenken“. Dieser Nachtragset sollte der Beamtenschaft die Auswirkungen des angeblich revidierten Besoldungsgesetzes bringen. Was er in Wirklichkeit gebracht hat, ist Mißmut und Verärgerung in den weitesten Kreisen. Eigenartig mutete es schon an, daß der Nachtrag, trotzdem die Novelle zum Besoldungsgesetz schon vor Weihnachten 1920 verabschiedet war, erst Anfang Mai — eine Woche vor der ursprünglich beabsichtigten Vertagung — an den Reichstag gelangte. Daß er ausgerechnet in eine äußerst gespannte Zeit hineingeriet, ist an und für sich kein Verschulden des Kabinetts gewesen, jedoch böse Zungen behaupten, daß regierungsfällig unter geschickter Ausnutzung der Lage ein gewisser Druck ausgeübt wurde, um den Nachtragset sang- und klanglos über die Bühne gehen zu lassen. Nebenbei bemerkt, die Beamten haben hierin Glück. Jedoch, wenn sich eine politische Hochspannung ist, stehen Lebensfragen für sie im Parlament zur Entscheidung. Das war vor Prag so, vor London und auch jetzt. Es ist einkaufend, daß die Sache der Beamtenschaft hiernon nicht geminnen kann. Sollte dies nicht zum Denken Veranlassung geben?

Wirths Regierungsprogramm.

Berlin, 30. Mai. Reichskanzler Dr. Wirth wird am Mittwoch im Reichstage die Regierungserklärung abgeben und das Programm des Kabinetts entwickeln. Er wird ferner in seiner Rede auch in großen Zügen das Wirtschafts- und Finanzprogramm entwickeln und bekanntgeben, durch welche Monopole und neue Steuern die großen Einnahmequellen erschlossen werden sollen, aus denen die finanzielle Deckung für die Reparationsleistung fließen soll. Die Vorlage steht jedoch der „B. Z.“ zufolge innerhalb der Reichsregierung noch zur Beratung und es scheint, daß zwischen den Anschauungen des Reichswirtschaftsministeriums auf der einen und des Reichsfinanzministeriums auf der anderen Seite nicht unerhebliche Differenzen bestehen, die ausgeglichen werden müssen. Die Entscheidung wird in den beiden Kabinettsitzungen fallen, die heute und morgen stattfinden und die ausschließlich der Reparationsfrage und dem Finanzprogramm gewidmet sein sollen.

Der Finanzplan.

II. Berlin, 31. Mai. Die „Börs. Ztg.“ veröffentlicht über die Pläne der Reichsregierung zur Reparationsdeckung: Andeutungen, worin gesagt wird: Die Quote von 26 Proz. der Ausfuhr kann durch eine Ausfuhrabgabe aufgebracht werden, die entweder gleichmäßig mit 26 Proz. bei jedem Export erhoben wird, oder die verschiedenen Ausfuhrwaren verschieden belastet. An die Stelle der einheitlichen Ausfuhrabgabe würde im letzteren Falle ein gegliedertes System von Ausfuhrzöllen treten. Eine gewisse Seite des Kabinetts neigt dieser Lösung zu. Von anderer Seite wird der Gedanke vertreten, die Abgabe, so weit sie bereits im Aus-

Dieser Nachtragsrat — leider konnte der Reichstag ihn nicht näher prüfen; das Versäumte wird beim kommenden Etat nachgeholt werden —, der also die Beamten der neuen Befol- dungsordnung entsprechend einstellt, weist eine Reihe von Vor- bemerkungen auf, die für seine Aufstellung maßgebend gewesen sind. Schon die oberflächliche Prüfung dieser Bemerkungen zeigt, daß die bürgerliche Regierung nicht daran gedacht hat, den bei der Befolungsreform ausgesprochenen wirklich bestehenden und maßvollen Wünschen und Beschlüssen des Reichstags Rechnung zu tragen. So hat man auf der einen Seite die Ministerial- beamten insofern außerordentlich bevorzugt, als man ihnen ohne weiteren Befähigungsnachweis den Aufstieg durch 5 Gruppen eröffnet. Auf der anderen Seite versagt man dafür bestimmten Beamtenstufen jeglichen Aufstieg, es sei denn, daß diese Be- amten eine besondere Prüfung ablegen, die dann aber nur zur Beförderung in die nächsthöhere Gruppe berechtigt. Weiter hat man bei der Verteilung der Beamten auf die einzelnen Befol- dungsgruppen die besonderen Verhältnisse dieser oder jener Be- hörde nicht berücksichtigt, so daß die beteiligten Beamten anstatt einer Verbesserung eine Verschlechterung ihrer Dienstlaufbahn er- fahren. In einzelnen Punkten hat es den Anschein, z. B. bei den Rangbeamten, als ob die Regierung sich ganz glatt über die Gesetzesbestimmungen hinweggesetzt und getan hat, was ihr gut dünkt. Den Höhepunkt weist aber die Behandlung der Sekretäre — bisherigen Assistenten — bei der Ueberführung aus der Gruppe VI nach VII auf.

Diese Sekretärfrage steht als Dreh- und Angelpunkt des gan- zen Befolungsproblems nun fast seit 2 Jahren im Vordergrund des Interesses. Regierung und bürgerliche Parteien haben sich dauernd um die Lösung dieser Frage herumgedreht. Dem sozia- listischen Vorschlag, die Gruppen VI und VII zu vereinigen und überhaupt die Anzahl der Gruppen zu verringern — die einzige mögliche Lösung — wurde nicht zugestimmt. Da man keinen anderen Ausweg mehr wußte, hieß das bürgerliche Kabinett den Anker gewaltsam durch und nahm einen Beschluß an, nach dem für die Beförderung der Beamten von Gruppe VI nach VII eine Prüfung verlangt wird. Dies gilt aber nur für diejenigen, die am 30. April 1920 planmäßig angestellt waren. Die andern, die nicht planmäßigen Beamten und die Anwärter sollen in Gruppe VI verbleiben dürfen. Und nun soll die Komödie be- ginnen, und man wird Beamte in einer Tätigkeit prüfen, die sie niemals schon seit 20, 30 oder noch mehr Jahren ausüben. Von dem Bestehen dieser Prüfung wird es abhängen, ob sie ihre Tätig- keit nach Gruppe VI oder VII bezahlt bekommen. Ist ein größerer Unfug denkbar? — Dem Reichstag war dies denn auch zu viel. Mit allen gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei hat er die auf die Prüfung bezüglichen Bemerkungen im Nachtragsrat ge- stützt. Der SPD-Antrag, auch die nicht planmäßigen Be- amten und die Anwärter in den Genuß der Beförderung von VI nach VII ohne Prüfung einzubeziehen, wurde leider abgelehnt.

Man möchte nun annehmen, daß nach dieser Stellungnahme des Reichstags die Prüfungsfrage — übrigens wollte die SPD für die Beamten der Gruppe V den gleichen Antrag stellen, jedoch wurde seitens einer Großorganisation der Beteiligten gebeten, hiervon abzusehen — für die Sekretäre erledigt sei. Weit ge- geht! Namens der Regierung erklärte ein Vertreter des Reichs- finanzministeriums im Reichsrat, daß die Regierung unter keinen Umständen von der Prüfung abgehen könne, und sie nunmehr im Verwaltungswege durchführen werde. Man muß sagen, daß diese Erklärung ein wenig porellig erscheint; denn es darf bezweifelt werden, daß das neue Kabinett am 12. Mai — dem Tag der Er- klärung — zu der Frage bereits Stellung genommen hat. Oder glaubt sich der Vertreter des Reichsfinanzministeriums berechtigt, diese Erklärung noch für die zurückgetretene Regierung abzugeben? — Nachdem diese Bestimmungen einmal in den Etat aufgenommen waren und vom Reichstag gestützt worden sind, ist es selbst- verständlich, daß das neue Kabinett zu der Frage Stellung neh- men muß. Würde sich das Kabinett entsprechend den Wünschen des Vertreters des Finanzministeriums über den Beschluß des Reichstags wie über etwas durchaus Nebenständliches hinweg- setzen, wäre dies eine Handlungsweise, die die unangenehmsten Folgen nach sich ziehen könnte.

Diese Situation zusammen mit all den andern Vernachlässi- gungen und Verzögerungen, das ist das Erbe, das die rein bür- gerliche Regierung der deutschen Beamenschaft hinterlassen hat. Die vor der Wahl versprochenen goldenen Berge sind ausgeblie- ben; das Fazit eines Jahres sozialistischer Regierungsumst- laut: enttäuschte Hoffnungen.

Hauptmann Müller 6 Monate Gefängnis.

II. Leipzig, 30. Mai. Vom Reichsgericht ist heute nach- mittag 1,15 Uhr im zweiten Kriegsbeschuldigtenprozeß das Urteil gesprochen worden. Der Angeklagte Hauptmann a. D. Rechts- anwalt Müller wurde wegen vorschriftswidriger Behandlung Untergebenen in neun Fällen, Zulassung vorschriftswidriger Be- handlung von Untergebenen in zwei Fällen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In den übrigen Fällen erfolgte Frei- sprächung. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit eine Ver- urteilung erfolgte, dem Angeklagten, sonst der Staatskasse auf- gelegt. In der Begründung des Urteiles wird u. a. gesagt, daß die gegen den Angeklagten erhobenen Beschuldigungen durch Be- weisaufnahme zum größten Teil keine Bestätigung erfahren haben und dem Angeklagten keine ehrlose Bestimmung nachgesagt werden könne.

Die Salzburger Anschlußabstimmung.

Wien, 30. Mai. Bei der heutigen Abstimmung über den Anschluß haben von 128 000 Stimmberechtigten 102 000 Stim- mzetteln abgegeben, während bei der Nationalratswahl die Zahl der abgegebenen Stimmen nur 91 000 betragen hatte. Das allein ist für die Begeisterung kennzeichnend, mit der die zumeist bür- gerliche Bevölkerung des Salzammergutes für den Anschluß eintritt. Es sind etwa 4000 Abstimmungsbezügliche von auswärts zur Wahl gekommen. Von den 102 000 abgegebenen Stimmen zählte man nicht weniger als 95 000 gültige Ja-Stimmen, gleich 93 Proz. Die Gesamtzahl der Ja-Stimmen ist noch etwas höher, aber es wurden tausende Zettel abgegeben, die das „Ja“ mit beträftigen- den Worten der Begeisterung unterstreichen zu müssen glaubten — und dadurch nur die Ungültigkeit ihres Votums herbeiführten. Die Zahl der Nein-Stimmen ist dagegen ebenso lächerlich wie bei der Tiroler Anschlußabstimmung, wenn nicht gar noch geringer.

Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 30. Mai. Am gestrigen Sonntage haben im Staate Braunschweig die Wahlen zur Gemeinde- und zu den Kreisvertretungen stattgefunden. Im allgemeinen ist große Wahl- müdigkeit zu bemerken. Geradezu katastrophal ist der Zusam- menbruch der Unabhängigen, die z. B. in der Stadt Braunschweig von 34 000 Stimmen bei der letzten Reichstags- wahl auf die Hälfte, auf rund 17 000 Stimmen zusammen- geschrumpft sind. Die Kommunisten haben nur einige tausend Stimmen gewonnen. Die Bürgerlichen hatten in den meisten Orten Einheitslisten aufgestellt, die aber auch sehr oft nicht das Resultat der bürgerlichen Parteien bei den letzten Reichstagswahlen erreichten. Gewonnen hat unsere Partei. Sie hat fast in allen Orten zum mindesten ihre frühere Zahl erreicht. In der Stadt Braunschweig hat sie 2 000 Stimmen gewon- nen, was in Betracht dessen, daß dort alle anderen Parteien einen Stimmennachschuß haben, infolge der geringen Wahlbeteiligung hoch zu werten ist. Wahrscheinlich wird infolge der Verschiebung der politischen Machtverhältnisse, insbesondere des Zusammenbruchs der Unabhängigen um über 50 Proz., sich eine Neuwahl des Landtages nicht lange mehr hinauszuziehen lassen können, um so mehr, als die Bürgerlichen mit allen Mitteln die Auflösung des Landtages anstreben.

Braunschweig, 29. Mai. (WZB.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl hatten die bürgerlichen Parteien (Demo- kraten, sämtliche rechtsstehenden Parteien und Mittelstandsvere- einigungen) eine „wirtschaftliche“ Einheitsliste aufgestellt. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ melden, erhielten die Bürgerlichen 32 410 Stimmen, Sozialdemokraten 8132 Stimmen, Unabhängigen 17 256 Stimmen und die Kommu- nisten 4118 Stimmen. Auf die Mieterliste entfielen 3457 Stimmen.

Wahlniederlage der linksrheinischen Kommunisten.

II. Mors, 31. Mai 1921. Bei den durch Eingemein- dung notwendig gewordenen Neuwahlen zur Gemeindever- tretung in Hochemmerich ist die kommunistische Hochburg des linken Niederrheins gesprengt worden. Gewählt wurden 14 Vertreter der bürgerlichen Parteien, 4 Sozialdemokraten, 2 Unabhängige und 4 Kommunisten.

Keine Regelung der oberschlesischen Frage vor Wiederherstellung der Ordnung.

II. London, 30. Mai. Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, daß es nicht wahrscheinlich ist, daß der Oberste Rat diese Woche zusammentreten wird. Die französische Regie- rung hat England mitgeteilt, daß, obwohl sie im Prinzip damit einverstanden ist, sie doch der Meinung ist, daß jetzt die Zeit dafür gekommen sei. In Pariser Regierungskreisen ist man näm- lich der Ansicht, daß die erste Bedingung für eine fruchtbringende Zulassung des Obersten Rates die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien sei. Solange sich dort Polen und Deutsche bekämpfen, sei es unmöglich, eine Lösung, welche für beide Teile annehmbar sei, zu finden. Die französische Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Ankunft britischer Truppen die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien beschleunigen würde. Die französische Regierung hat nun vorgeschlagen, die ganze Frage von einem Sachverständigenausschuß, bestehend aus Juristen, Diplomaten und Militärs, prüfen zu lassen. Dieser Ausschuß wird dann in Paris zusammenkommen und innerhalb zehn Tagen zu einem Resultat betreffend die Befestigung der polnisch-deutschen Grenze kommen müssen. Dieses Resultat wird den Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages entsprechen und zugleich den Wünschen der Bevölkerung und der wirtschaft- lichen und geographischen Situation Rechnung tragen müssen. Erst wenn diese Kommission ihren Bericht erstattet hat, kann der Oberste Rat zusammentreten. Der „Times“-Korrespondent fügt hinzu, daß den obenstehenden Gesichtspunkten durch Briand Aus- druck gegeben worden ist in einer Note, welche dem englischen Gesandten in Paris, Lord Harbington, überreicht worden ist. Briand teilte der englischen Regierung mit, Frankreich habe gar- nicht die Absicht, anstatt des Obersten Rates die Wiederherstel- lungskommission aufzutreten zu lassen. In Paris erwartet man jetzt, daß die Konferenz in Boulogne zwischen dem 7. und 15. Juni stattfinden wird.

Der Vorkriegsstatus zieht Erlaubigungen ein.

(Drei Fragen an die interalliierte Kommission.) II. Paris, 30. Mai. Der Wortlaut des Telegramms, das die Vorkriegskonferenz am Sonntag an die interalliierte Kom- mission in Opatowitz geschickt hat, wird jetzt bekannt. Die inter- alliierte Kommission in Opatowitz ist ersucht worden, auf folgende drei Fragen Antwort zu geben: 1. Was für Maßnahmen hat General Le Rond ergriffen, um die Befestigung der mittleren Zone zwischen der deutschen und der polnischen Front durch alliierte Truppen zu sichern? Kann General Le Rond die mittlere Zone sofort besetzen, ohne die zugesicherte englische Verstärkung abzu- warten? 2. Entspricht der englisch-italienische Vorschlag der gegenwärtigen Lage und ist angehts der gegenwärtigen Ereig- nisse dieser Vermittlungsvorschlag von irgendwelchem Wert? 3. Sind Korfantsy und der Vorkriegsauschuß, dessen Vorsitzender Korfantsy ist, Herr der polnischen Bewegung oder macht sich in den Reihen ihrer Partei oder ihrer Armeen Indisziplin geltend?

Engländer und Schotten in Opatowitz.

II. Opatowitz, 31. Mai. Der Hauptteil der englischen Trup- pen, die für Oberschlesien bestimmt sind, traf am gestrigen Mon- tag hier ein. Schon frühzeitig kam ein Sonderzug mit einem Bataillon Engländer an. Nachmittags marschierte ein Bataillon schottischer Truppen ein.

Polnische Angriffe. II. Opatowitz, 31. Mai. Die neue Angriffslustigkeit der Polen läßt auf größere Verstärkungen schließen. Durch Verwendung von Minen sucht der Pole seinen Angriffen Nachdruck zu verschaffen. Im Abschnitt Krappitz wurde Feuerzettel. Bei Naban wurde gestern das Dorf Anakenhof und Kendorf- kroen in den frühen Morgenstunden mit 10,5-Zentimeter-Ge- schossen beschossen. Bei Kosenberg wurde der Wald nordwestlich von Balzen von den Polen heftig mit Minen belegt.

Kommunistenkrawall in Paris.

Paris, 29. Mai. Heute fanden kommunistische Kundgebungen zu Ehren der Opfer der Pariser Kommune im Jahre 1871 auf dem Friedhof Pere Lachaise und Mont Mar- nasse statt. In Pere Lachaise war die Zahl der Manifestanten etwa 20000, wogegen auf dem Mont Marname nur 200 bis 300 waren. Alles schien ruhig zu verlaufen, doch als die Kom- munisten den Pere Lachaise verließen, kam aus der Gegenrichtung ein religiöser Zug unter Führung von Priestern mit der blauroten Fahne. Einige Kommunisten versuchten, diesen Demonstranten die Tricolore zu entreißen und durch die rote Fahne zu ersetzen. Schutzeleute eilten herbei. Bald war jedoch eine regelrechte Schlächt auf dem Gambetta-Platz im Gange. Es gab einige Verletzte, doch keine Toten. Unter den Verletzten ist der kommunistische Abg. Ernest Lafont.

Ein ungarisches Dementi.

II. Budapest, 31. Mai 1921. Die Nachricht, daß die alliierten Oberkommissare der ungarischen Regierung eine Note überreichten, in der sie die Reorganisation des in Ungarn in Geltung befindlichen christlich-nationalen Spieles forderten, wird von gut unterrichteter ungarischer Seite als völlig erfun- den und als neues Manöver gewisser Kreise gegen Ungarn be- zeichnet.

Die bayerischen Arbeiter verlangen die Entwaffnung.

München, 30. Mai. Am Sonnabend, dem 28. Mai, fand in München eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter statt. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der gegenwärtigen politischen Situation in Bayern und im Reich. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wird die sofortige Ent- waffnung und Auflösung der Einwohnerwehren und aller anderen derartigen Organisationen in Bayern verlangt. Für den Fall der Ablehnung, der Auflösung oder der Entwaffnung der Ein- wohnerwehren ersucht die Konferenz die sozialistischen Parteien, gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Aktion einzuleiten, die der Regierung Rahr und deren Hintermänner klar machen soll, daß die bayerische Arbeiterschaft es nicht dulden wird, daß wegen der Aufrechterhaltung der Einwohnerwehren das Ruhrgebiet be- setzt und der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands herbei- geführt wird.

Selbstauflösung der bayerischen Einwohnerwehr.

II. Berlin, 31. Mai. Der Berliner Lokalanzeiger- erfährt zu der Meldung, daß die Liste der aufzulösenden Organi- sationen eingehalten wird, aus München folgendes: Die Krise in Bayern scheint in letzter Stunde einer über- raschenden Lösung entgegenzugehen. Man spricht von einer Selbstentwaffnung und Selbstauflösung der Einwohnerwehren, so daß auch das Ministerium v. Rahr und auch die bürgerliche Koalition erhalten bliebe.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 31. Mai.

Oberschlesien und die Sozialdemokratie.

Die bürgerlichen Parteien Lübecks hatten unter Führung der Demokraten die sozialdemokratische Partei zu einer gemeinsamen Kundgebung zugunsten Oberschlesiens eingeladen. Es fanden Ver- handlungen statt, an denen Vertreter des Parteivorstandes in- formativ teilnahmen. Der Parteivorstand hatte sich am Montag mit dieser Frage befaßt und nach eingehender Beratung folgenden Beschluß angenommen: Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat in seiner Sitzung am Montag, dem 30. dieses Monats, zu der Frage einer gemeinsamen Kundgebung für Oberschlesien Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt: Der Vor- stand lehnt es ab, zurzeit an einer gemeinsamen Kundgebung teilzunehmen. Folgende Gründe waren für ihn maßgebend: Die Stellung unserer Partei, sowie die Haltung unserer Presse zur oberschlesischen Frage ist bekannt und entspricht vollkommen den allgemeinen Empfindungen und Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Wir verurteilen aufs schärfste die von den Polen und der Entente z. B. in Oberschlesien betriebene Politik. Aber wir sind der Ansicht, daß eine Kundgebung in Lübeck anders zu bewerten ist, als eine solche am Sitz der Reichsregierung und daß ver- einzelt Kundgebungen zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Städten die gewünschte Wirkung nicht haben können.

Ferner kommt hinzu, daß uns eine gemeinsame Kundgebung mit der deutschen Nationalen Volkspartei und der deutschen Volks- partei in Lübeck aus Gründen der Selbstachtung solange nicht zugänglich erscheint, als ihre Kampfesweise gegen die Sozialdemo- kratie eine frivole und lägenhafte genannt werden muß, wie be- sonders die „Lübeckische Anzeigen“ täglich erkennen lassen. Die genannten Parteien haben durch ihre Haltung im Reichs- tage zu dem gestellten Ultimatum gezeigt, daß sie nicht gewillt waren, das unbedingt Erforderliche zu tun, um den Raub Ober- schlesiens durch die polnischen Banden abzuwehren. Ein Protest von ihrer Seite ist stets mit dieser Tatsache beschwert, und verliert dadurch an Wirksamkeit. Die Sozialdemokratie dagegen stellte ihre Parteinteressen zurück und bewies durch ihr Eintreten in die Regierung und die Annahme des Ultimats, daß sie gewillt ist alles für die Rettung Oberschlesiens für das deutsche Volk einzusetzen. Sozialdemokratischer Verein zu Lübeck. i. A.: A. Weib.

Nationalistischer Flaggenrummel.

Für Schwarz-Weiß-Rot, dem Wahrzeichen der Chauvinisten, wird in alldeutschen Kreisen fortwährend agitiert. Deutschnatio- nale, deutsche Volksparteiler und Hanlabänder, der Dreiflaggen- reaktionäre Verbindungen, schreien sich die Kehle heiser und be- haupten, ohne die wilhelminische Flagge nicht leben und sterben zu können. Im Bunde haben sie alle rüchswärtlich gestimmten Kapitäne und Seesoffiziere, die als Angestellte der großhändlerigen Herren selbst willens sind, mit Gewalt zu nehmen, was ihnen das Gesetz mit Recht verweigert. Jetzt kommt auch die Deutsche Volkspartei in Lübeck nachgehumpelt und fordert vom Senat der freien und Hansestadt Lübeck für ihre dunklen Absichten einzutreten. Nun ist ja bekannt, daß die Senate der Hansestädte schon vor Monaten einen Antrag an den Reichstag sandten, bei der Wiederherstellung der schwarz-weiß-rot-rot Handelsflagge for- derte. Der Lübecker Senat ist diesem Beschlusse beigetreten, obwohl die Sozialdemokratischen Senatoren ihm Bedenken dagegen äußerten. Und mit Recht. Denn wer die Gefähr- dung der oben angeführten Parteien kennt, weiß, daß durch die Wiederherführung der schwarz-weiß-rot Handelsflagge nur ein schamnistischer Sieg erreicht werden soll. Ist dieser erste Streich gegen die Republik gelungen, geht es an die Eroberung des zweiten. Denn die neue Reichsflagge wurmt diese Herr- schaften noch mehr. Besonders intelligent nimmt sich das volks-

parteiliche Schreiben an den Senat nicht aus, da es nachträglich nur längst Bekanntes wiederholt. Der Zweck ist durchsichtig. Die Partei der Streikmänner verliert sich in empfehlende Erinnerung zu bringen und sich als Hümpel Wichtig hinzustellen.

Dass die ganze Klagenfrage nur Gauvinaristische Zwecke dient, ergibt sich auch aus einem Sprechsaalartikel der Lübeckischen Anzeigen, in dem dafür Stimmung gemacht wurde, der Verfügung des Reichspräsidenten, vom 1. Juni ab auf den amtlichen Gebäuden nur noch die schwarz-rot-gelbe Flagge zu setzen, keine Folge zu leisten. In dem Artikel, der fälschlicherweise behauptet, daß alle Parteien, insbesondere die Seeleute, die alte Flagge wiederhaben wollten, heißt es:

So möchte die Ich hiermit die Anregung geben, daß alle Anhänger der schwarz-weiß-roten Flagge am 1. Juni von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang diese Farben hissen, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Zahl der so gestangten Häuser recht umfangreich sein möge.

Es wird darauf Bezug genommen, daß in einem Hamburger Blatt (wohl der exzentriscen Warte!) derselbe Ruf laut geworden sei. Wie die Zeitung zeigt, handelt es sich um nichts anderes als um ein parteipolitisches Manöver der nationalistischen Massenörderparteien, die nichts sehrlicher wünschen, als daß ihre Parteifähre zur Reichsfähre erklärt wird. So steht diese Gesellschaft aus. Wenn die Bauernfänger nicht mehr zieht, verliert man die Chose durch Gewalt und Mißachtung der Gesetze.

Ein Erfolg der Profitsucht.

Der morgige 1. Juni bedeutet eine weitere Etappe im Aufbau der dem Handel wie der Landwirtschaft verhassten Zwangswirtschaft, deren Mißerfolge gar nicht in der Methode dieser durch die allgemeine Not begründeten Wirtschaftsweise zu suchen sind, als vielmehr in der seit dem ersten Tage ihrer Einrichtung eingeleiteten planmäßigen Hintertreibung der volksfreundlichen Wirtschaft. Auch in den Zeiten unerhörtester Not wollten Produzenten und Zwischenhändler das Recht haben, die Preise nach Angebot und Nachfrage zu bestimmen. Man erinnere sich des Sturmlaufes gegen die Fleisch-Zwangswirtschaft. Man erinnere sich der lieblichen Redensarten seitens der Agrarier und Händler, nach denen bekanntlich dafür gesorgt werden würde, daß das Volk im freien Handel gutes Fleisch zu mäßigen Preisen erhalten sollte. Was ist von diesen Redereien wahr geworden? Fleisch ist zwar da, wer aber kann es kaufen?

So wird es auch mit der Milch und deren Produkten werden, deren Zwangswirtschaftung fällt. Zwar sind von den einzelnen Landesverwaltungsämtern noch einschränkende Bestimmungen erlassen und der Handel ist erlaubnispflichtig. In der Hauptsache kommt es aber auf die Produzenten an und diese wissen schon, wie sie ihre Interessen am besten wahrnehmen. Vorerst behaupten die Agrarier, daß der Lieferungsvertrag das sicherste Mittel seien, um Gemeinden und Händlern die benötigten Quanten Milch sicherzustellen. Bei dieser Behauptung ist das bemerkenswerteste, daß, nachdem die Verpflichtung zur Ablieferung der freien Handel oder Lieferungsvertrag da ist, auch die Milchlieferung von Milch immer mehr verlagert hat, jetzt plötzlich, wo der freie Handel oder Lieferungsvertrag da ist, auch die Milch da sein soll. Mit anderen Worten, die Milch ist natürlich auch heute schon da, nur wollen die Landwirte sie zu den jetzigen Preisen nicht hergeben. Milch für die zahlungsfähigen und dem Volksgange gegenüber gewissenlosen gab es auch bisher. Viel Freude wird die Bevölkerung an dem Ganzen nicht haben und die Konsequenzen wird es erst recht im Herbst und Winter zu spüren bekommen, wenn die Milch wieder anfängt knapper zu werden.

Wenn sich heute die Agrarier noch nicht hervortrauen, den Preis nach ihrem Gutdünken hochzuschrauben, so werden sie das ganz bestimmt mit der Zeit nachholen. Wo die Zwangswirtschaft vor der Zeit durchbrochen wurde, holte man gleich eine halbe Mark pro Liter mehr heraus. In Berlin z. B. soll die freie Milch jetzt schon 4 Mark kosten. Der Butterpreis wird sich natürlich auch dem Angebot und der Nachfrage anpassen. Und damit die Konkurrenz den Preis nicht zu sehr beeinflusst, werden die Butterauktionen wieder eingeführt. Da werden die Produzenten die Zukunft schon so „regeln“, daß eine Preisentkung zur Unmöglichkeit wird. Deshalb ist das Gefasel der „Lübeckischen Anzeigen“ über die angeblich wohltuende Wirkung des freien Handels eitel Schaumflügelerei. Wollig daneben haut dieser „Jachverfälschende“ Artikel bei dem Einwurf, eine stärkere Kontrolle der Zwangswirtschaft würde nur Futtertruppenstellen für Sozialdemokraten schaffen. Wenn die Schreiberseele eine Ahnung von der bisherigen Kontrolle der Zwangswirtschaft hätte, dann müßte sie wissen, daß Sozialdemokraten mit verzehrenden Ausnahmen bei der Kontrolle gar nicht mitgewirkt haben. Wahrscheinlich ist es diesem Umstand auch zuzuschreiben, daß die Kontrolle vollständig versagt hat und die Beutefleischer zum Schaden des Volkes tun und lassen konnten, was sie wollten. Man schaue sich doch nur die Kontrolle bei der Getreidebewirtschaftung an. Wie fein hat diese funktioniert! Die Agrarier konnten nach Herzenslust schreien und sich auf Kosten der darbenenden Bevölkerung bereichern. Und doch wirken dort keinerlei Sozialdemokraten mit, wohl aber Leute, die sich mit Haut und Haaren den Parteigängern der „Lübeckischen Anzeigen“ verschrieben haben. Dieses Blatt, das gegen die sozialdemokratische Bewegung ein stärkeres Geschrei anhebt als seine paar tausend Abonnenten zusammen anstimmen können, vergießt Tränen darüber, daß die sozialistischen Bestrebungen gegen den freien Handel dem Reich eine Milliarde gekostet hätte. Wenn dem so wäre, so sind durch den notwendigen auskömmlichen Warenkauf dem Volke Milliarden erspart geblieben, die sonst durch Wucherpreise in andere Taschen geflossen wären. Und Milliarden Reichszufuß wurden außerdem verwendet, um den Agrariern den Geldbeutel und das Maul zu stopfen. Doch mit diesen Tatsachen befaßt das Amtsblatt seine Leser nicht.

Wir referieren: Die Zwangswirtschaft ist seinerzeit nicht von den Vertretern der Sozialdemokratie, sondern von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, bis hinab zu den Konservativen, eingeführt worden. Die Zwangswirtschaft ist ein während des Krieges, also zu einer Zeit, wo die Sozialdemokratie auch nicht den geringsten Einfluß auf die Regierung hatte. Man mag über die bürgerliche Zwangswirtschaft denken wie man will, das eine hat sie jedenfalls zumege gebracht: die minderbemittelten Volksschichten bekamen bei der großen Knappheit an Lebensmitteln doch geringe Mengen zu einigermaßen erschwinglichen Preisen. Die Belieferung hätte reichhaltiger sein können, wenn die Regierungskeller den Wucherern und Schleihhändlern und nicht zuletzt den Labotierenden Agrariern stark zu Leibe gegangen wären. Diese ganze Ausbeutergesellschaft wurde aber mit Glacehandschuhen angefaßt und so mußten denn weite Schichten unseres Volkes darben und leiden. Da, wo die Zwangswirtschaft abgebaut worden war, setzten sofort unerhörte Preissteigerungen ein. Wer früher nichts bekam, weil allgemeiner großer Mangel herrschte, der erhielt jetzt auch noch nichts, weil er die hohen Preise nicht zahlen konnte. Genau so wird es nun auch bei Milch und Butter wieder werden.

Resultat vom Radballspiel des Arbeiter-Radfahrervereins „Solidarität“ Lübeck am Sonntag auf Buniamshof: 1. Mannschaft 18 Bälle. Die 2. Riege ging als Sieger hervor mit 7:6. In der 3. und 4. Riege trug letztere den Sieg mit 5:1 davon.

Resultate vom Fußballspiel auf dem Buniamshof: 1. Schülereimannschaften A. L. W. I. — Borussia 1:0 für A. L. W. 2. Schülereimannschaften B. — Borussia 2:0 für A. L. W. 3. Schülereimannschaften C. — Borussia 4:1 für A. L. W. 4. Schülereimannschaften D. — Borussia 2:2 für A. L. W.

Milchkolonie. Wie in früheren Jahren, wird auch dieses Jahr in den großen Ferien die Milchkolonie wieder ihre lehrreiche Tätigkeit entfalten. Es wird den Teilnehmern freie Fahrt nach Itzehoe gewährt, wo sie 1/2 Liter Milch und Gemmel erhalten und unter fachmännischer Aufsicht in der gesundheitsfördernden Waldbühn spielen. Durch den Preis von 50 Mk. für die Teilnehmerkarte werden die Unkosten kaum gedeckt, es sind deshalb freiwillige Beiträge sehr erwünscht. Wir verweisen auf das Inserat im Anzeigenteil.

Postpakete nach Amerika. Von jetzt an sind in unmittelbaren Verkehr von und nach den Vereinigten Staaten von Amerika Postpakete bis zum Gewicht von 10 kg zu den gleichen allgemeinen Versendungsbedingungen wie bisher die Pakete im Gewicht bis 5 kg zugelassen. Die Beförderungsgelder für Sendungen im Gewicht von über 5 bis 10 kg beträgt zurzeit 85 Mk.

Stadthallen-Vollspiele. Der Kaiser der Sahara betielet sich der zweite Teil des großen Films „Der Mann ohne Namen“, der in dieser Woche über die Leinwand rollt. Zunächst wird der abgefahrene Riesenbunker von Bobby Dobb, Nissen und Lohrer im Schnellboot erreicht. Aber erst an der holländischen Küste sollte die Verhaftung erfolgen. Nur war Peter Wolf im Moment vorher aus einem Bullauge gesprungen und hatte den Strand von Scheveningen erreicht, dessen buntes Badeleben der Zuschauer miterlebt. Nach Hollands Hauptstadt geht die Fahrt, nach dem Süden, und malerische Bilder Italiens und der Nordküste Afrikas entzünden das Auge, während die Handlung mehr die Lachmuskeln in Bewegung setzt. Die prachtvollen Bilder und das vorzügliche Zusammenspiel der Darsteller verdienen alle Anerkennung. Vorher wird das liebenswürdige Schauspiel „Die Schuld der Ravinia Moreland“ auf die Leinwand geworfen. Ein verfilmter Roman, der auch „Die Rede einer Frau“ genannt werden könnte. Die berühmte Mia May spielt die Titelrolle und sein geringerer als Albert Steinrück, einer der ersten Schauspieler ganz Deutschlands, mimi ihren brutalen Gemahl, den reichen Bankier Moreland. Die in die Form einer Gerichtsverhandlung gebaute Handlung wird sicher den Beifall aller Besucher finden.

Stadt-Theater. Dienstag „Die zertanzen Schuhe“, abends letzte Opernvorstellung und Schluss der Spielzeit 20/21 mit „Der Schokaraber“. Mittwoch letzte Vorstellung der Haack-Bertow-Spiele mit „Theophilus und Totentanz“.

Gasttheater. Ringkämpfer-Resultate vom Montag: In den letzten drei Entscheidungskämpfen siegte Westergaard-Schmidt über Wildmann in 48 Minuten, Swaton über Schuradin in 30 Minuten, und Stromski über den Amateurringer Schneider in 12 Minuten.

pb. Ein rabiaten Seemann. Festgenommen wurde ein Seemann aus Wöll, dessen Schiff in Herrentel liegt. Er wollte sich in Altona amüsieren und trug zur Erzeugung besserer Stimmung eine Flasche Schnaps bei sich, die er unterwegs tüchtig in Einspruch nahm. In Altona hatte er sich auf die Schienen der Straßenbahn gesetzt, jedoch diese am Abfahren gehindert wurde. Aus Wut darüber, daß man ihn von seinem Ruheplatz entfernen wollte, zerfiel er nicht allein eine Scheibe des Straßenbahnwagens, sondern vergriff sich auch tödlich an dem Schaffner. In seiner blinden Wut vergriff sich der Festgenommene auch an eine den Straßenbahnwagen besteigende Dame, und zerfiel dieser Bluse und Rock.

pb. Missetäter und Dieb. Festgenommen wurde ein Fürsorgehelfer aus Ohlsdorf bei Hamburg, der in dem dringenden Verdacht steht, einen Einbruchsdiebstahl in der Hohenlandstraße begangen zu haben. In seinem Besitze wurde ein Paar Damenstiefel und Schmuckstücke im Werte von 1500 Mk. vorgefunden. Der Festgenommene wird außerdem von der Staatsanwaltschaft in Gütrow flechtlich verfolgt.

pb. Gestohlene Räder. Am Sonntag ist auf dem Spielplatz Buniamshof ein Fahrrad, Marke Merkur, und am Montag ein solches Marke Aster im Versorgungsamt bei der alten Kaserne gestohlen worden.

Moislings. Anlässlich des Sporttages war auch die Moislings Arbeiterkassette am Sonnabend abend zu einem Kommerz in ihrem Vereinslokal „Stiemers Kaffeehaus“ zusammengekommen. Der Abend nahm einen überaus schönen Verlauf. Der Arbeiter-Gesangverein „Frisch-Auf“ Moislings, sowie der Arbeiter-Turnverein und Radfahrerverein gaben in ihren Darbietungen das Beste, um den Besuchern den Abend nach jeder Seite hin zu einem genussreichen zu machen. Ganz besonders aber war es die Jugend, welche durch ihre exakten und drohenden Aufführungen die Freude der Eltern in höchem Maße erweckte. Am Sonntag nachmittags 2 Uhr versammelte sich die gesamte Arbeiterkassette Moislings unter Vorantritt einer Musikkapelle und unter Mitführung von Fahnen zu einem Festmarsch durch den Ort. Den ecker, Lübeck, das Rednerpodium und wies in einer kurzen Ansprache auf die Bedeutung von Spiel und Sport sowie auf die Körperpflege hin. Dann begannen unter spannender Aufmerksamkeits der zahlreichen Zuschauer die Wettspiele der Moislings und Schwartauer Fußballklubs. Ein fröhlicher Ball in den Lokalen Kaffeehaus Moislings und Jacobsen-Gemtin beschloß die schöne Feier.

Angrenzende Gebiete.

Schwartau. Der Arbeiter-Jugendverein hält heute, Dienstag, eine Versammlung ab, in der Genosse Münstermann über „Den Kampf um die Jugend“ sprechen wird.

w. Mölln. Geheimter Militarismus. In Nr. 61 der Möllner Zeitung vom 28. Mai ds. Js. steht eine Notiz aus Radeburg: Vaterlandsväter bei der Arbeit, in der erzählt wird, daß Ententeoffiziere in Radeburg gewesen sind, um festzustellen, ob in den in einem an die Entente eingereichten Plan verzeichneten Gebäuden Waffen lagern. Gefunden sei nichts. Die Anzeige an die Entente sei Landeserrat, jeder Deutsche müsse sich schämen und wissen, wach ehrlöses Gesindel sich in ungerer Nähe befindet. Die Anzeige bei der Entente von verzehrenden Waffen um des lieben Geldes wegen, halten auch wir für unverwerflich; doch die Leute der Möllner Zeitung und ihre Zeitgenossen sollten doch den Mund nicht gar so voll nehmen, sie sind die allerletzten, die den Vorwurf des Landeserrats erheben können. Auch der Spitzhube ruft, wenn er sich verfolgt sieht, „halter den Dieb“. Daß in Radeburg Waffen verborgen waren, steht allseits fest und daß Radeburg für die Orgesch im Kreise als Bekleidungsamt bezeichnet war, wird nicht abgelehnt werden können. Mölln ist Radeburg mit seinem Bekleidungsamt der illegalen Orgesch immer verdächtig. Erst in der letzten Zeit waren Anzeichen vorhanden, daß von Radeburg wieder Waffen verschoben wurden und die bei der angebotenen Waffenschichtung beteiligten Kreisbeamten mühten zum Sprechen gezwungen werden; man würde dann Wunder erleben. Daß von der Orgesch die Waffenschichtung zum Unglück des Volkes im großen betriebene wurde und wird, belagen so ganz die Vorwissenisse in Thüringen. Also den Mund nicht so voll nehmen, ihr Herren. Nachdem man in Mölln mit der Orgesch Kontakt gemacht, d. h. die Arbeiterkassette nicht interessierten konnte, versucht man es jetzt mit dem „Stahlhelm“, einem Dieger der Orgesch. Die Wäcker des Stahlhelms, frühere Vaterlandsparteiler, Anhänger der Orgesch, sind wenigstens sehr verdächtige Gestalten. Für die gewordigten Aufgaben des Stahlhelms — Sammeln der Frontsoldaten zum gemächlichen Volkseinsein. Hoffentlich erreicht die Arbeiterkassette eine eben solche Aufgabe wie bei der jetzt aufzubühnenden Orgesch.

Odenburg. Ein großer Moorbrand wütet seit mehreren Tagen in der Gegend der Grotte, und zwar bei Rapphausen und Speden. Da an eine Bekämpfung des Feuers bei dem

herrschenden Winde bisher nicht zu denken ist, kann nur der sehr langert erwartete Regen die Hilfe bringen. Der Brand, der wertvolle Forstbestände vernichtete, entstand durch die Unvorsichtigkeit zweier Arbeiter.

Hamburg. Im Fahrstuhl totgequetscht. Ein Räumungslehrling beugte bei Benutzung des Personenaufzuges im Geschäftshaus Neuerwall 88 die Unvorsichtigkeit, während der Fahrt den Kopf aus dem Fahrstuhlschacht herausgesteckt. Das wurde sein Verhängnis, denn nun wurde sein Kopf zwischen Fahrstuhlschacht und Aufzugstafel festgeklammert und so heftig gequetscht, daß der Tod des jungen Mannes alsbald eintrat.

Theater und Musik.

Haack-Bertow-Spiele. Die Wiedererweckung der mittelalterlichen Vollspiele begegnet steigendem Interesse. Das kommt wohl nicht von ungefähr. Zeiten wie die ungeren bringen es mit sich, daß weite Kreise an den alten Volksgliedern, in denen der Geist früherer Jahrzehnte keinen Niederlag gefunden hat, gern und leicht entzünden, um so mehr noch, da alles so wie so nach einer neuen Volkstunst drängt. Gottfried Haack-Bertow aus Jena scheint uns die Wiederbelebung der mittelalterlichen Vollspiele beim richtigen Zipfel angefaßt zu haben. Er bietet die alte glückliche, ungelinkelte Kunst in ihrer ganzen Reinheit und Schöne, wodurch es kommt, daß keine Darbietungen zum tiefsten Erlebnis werden. Wird nun gar nach der Schaulust der Szene in die Ritze verlegt, dann kommt selbst der literarische Feinschmecker voll und ganz auf seine Rechnung. Unsere Wegbildersuche eignet sich ganz besonders gut zu dieser Vorführung, wie sich Sonntag abend erwie. Unter dem Chor in der Mitte war eine kleine, schmucklose Bühne aufgeschlagen, die nach dem Altar hin durch einen blauen Vorhang abgegrenzt war, vor dem sich die einzelnen Vorgänge abspielten. Die Spieler marschierten aus der Sakristei heraus und begaben sich mitten durch das Publikum auf die etwas erhöhte Bühne. Gegeben wurde zunächst „Das Parabelspiel“, ein Spiel vom Sündenfall aus Oberufer bei Breßburg in Ungarn. Entstanden ist das Spiel bereits im 14. Jahrhundert. Die liebe Oberflächlichkeit wird in dem Ganzen nichts weiter als ein kindlich einfaches Spiel vom Sündenfall der ersten Menschen nach der biblischen Legende erbildet. Der feine Dören hat, wird nur zu bald merken, daß der Verfasser, wohl ein Gelehrter jener Zeit, den Che-Mythos zu ergötzen sich vermaß und auf seine Art auch ganz Treffliches leistete. Man braucht das Spiel nur seines biblischen Primordiums zu entkleiden und siehe da, der Dichter schlägt Löne an, die uns heute noch aufhorchen lassen. Aus der bunten Schale ist sich der rein menschliche Kern, der selbst durch die Naivität, mit der alles gelehrt ist, nicht verloren geht. Gerade durch seine naive Ursprünglichkeit wirkt das Parabelspiel weit früher und lebendiger als der „Totentanz“, eine Reihe von Bilderzügen, die Haack-Bertow selbst nach Druken aus dem 15. Jahrhundert bearbeitet hat. So bildsam und wirksam die einzelnen Bilder auch waren: es fehlte ihnen die voraussetzungslose Naivität einer Zeit. Der Durchbruch an Kunst von heute ließ sich nicht übersehen. Selbst die Musik, die deutschen und italienischen Meistern entlehnt und an sich sehr glänzend gewählt war, vermochte nicht darüber hinwegzulaufen. Amerant muß werden, daß die einzelnen Bilderzügen an und für sich überaus wirkungsvoll aufgezogen waren. Jede der Personen, die mit dem Tod ihr Längchen machen, trug Eigenfarbe. Die einzelnen Individuen wurden vom Könige bis zur Mutter mit dem Rinde waren glücklich individualisiert. Die Gesamtwirkung ließ sich so weniger zu wünschen übrig, als die Mitspieler Haack-Bertows sich über das Maß von Laien-Schauspielern weit hinaus hoben. Das führte dazu, daß auch dieses Vollspiel tiefe Wirkungen auslöste. Der Besuch in der Kirche war, so weit zu übersehen, gut, das Erlebnis stark. Ihre Fortsetzung fanden Montag die Spiele im Stadttheater. Vor einer leider nicht sehr hohen Zuschauerschaft führte man nachmittags „Die zertanzen Schuhe“, ein fröhlich Spiel mit Gesang und Tanz, das Gumbel-Selling nach dem bekannten Grimmschen Märchen bearbeitet hat. Abends gab man dazu noch „Die Kluge Bauerntochter“, einen etwas herben mittelalterlichen Schwank. Auch hier wurden mit den einfachsten Mitteln nachhaltige Eindrücke erzielt. Die Freunde wirklicher Volkstunst werden an den Haack-Bertow-Spielen sich immer ergötzen und erbauen und unvergeßliche Eindrücke sammeln.

Vollständiges Konzert. Noch einmal hatte das Orchester des Vereins der Musikfreunde nach dem Gewerkschaftshaus gezogen, um, vorläufig, das letzte vollständige Konzert zu geben. Die sorgfältige Jahreszeit und anderes mehr brachten es mit sich, daß der Besuch manches zu wünschen übrig ließ. Das verdaß jedoch den Musikern die gute Laune durchaus nicht. Unter der anfeuernden und zielbewußten Leitung Karl Mannstaedts, des Unermüdbaren, spielten sie das Programm mit bestem Gelingen herunter. Wie es in diesen Konzerten noch immer der Fall war, hatte Mannstaedt wieder mit kundiger Hand sehr sorgfältig gewählt. Ein paar Walzer (Waldteufels „Española“-Walzer und „An der schönen blauen Donau“ von J. Strauß) machten in dem Programm, das sonst noch den ungarischen Marsch aus Berlioz' „Faust's Verdamnung“, Mendelssohns Duertüre „Meeresstille und glückliche Fahrt“, Griegs Musik zu „König Josafator“, Wagner's „Rienzi“-Duertüre, die Ballettmusik zu „Delfes“, „Coppeha“ und Offenbachs Duertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“ enthielt, keine schlechte Figur. Den „Rappenheimer Marsch“ schenkte man sich. Unter den Klängen des Hohenfriedberger Marsches leerte sich der Saal. Sämtliche Vorträge fanden beim Publikum überaus starken Beifall. Wenn im Herbst die Konzerte wieder aufgenommen werden, steht zu erhoffen, daß die in den letzten Monaten gelegten Reime reiche Frucht tragen werden. Die breiten Massen haben durch Mannstaedts und der Musiker Streben den Wert guter Musik schätzen und lieben gelernt. Unter der Voraussetzung, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht verschlechtern, ist damit zu rechnen, daß auch im kommenden Winterhalbjahr die Konzerte des Orchesters auf starken Besuch werden rechnen dürfen.

Verantwortlich: für Politik Dr. J. Deber; für die Rubrik Freiheit Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaftsbewegung August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Statt besonderer Anzeige.

Nach längerem Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, meiner Kinder treuerer Vater, unser guter Schwieger- und Großvater, der

Gastwirt

Paul Fehlberg

tief betrauert von den Seinen

Minna Fehlberg geb. Meyer, Hermann Kock und Frau Grete, geb. Fehlberg und Entlein, Paul Fehlberg, Willy Fehlberg, Wilhelm Meyer. (2490)

Lübeck, den 28. Mai 1921.

Klementenstraße 4.

Die Trauerfeier findet am Freitag, 3. Juni, morgens 10.30 Uhr in der Kirche des Burgtor-Friedhofes statt.

Millionen

und aber Millionen wurden von uns und unseren 240 Schwester-Geschäften in den letzten Tagen umgesetzt. — Doch weiter gelangten gewaltige Mengen billiger Waren durch unsere Zentral-Läger zur Verteilung,

und weiter bieten wir heute zu fabelhaft billigen Preisen:

Gardinen-Nessel ca. 80 cm breit.....Meter	5.90	Zephistoffe für Kleider, Blusen und Sporthemden Meter	14.75	Kleiderstoffe schwarz/weiß kariert Meter	15.75
Handtuchstoffe weiß Drill..... Meter	9.25	Tennistoffe für Knaben- anzüge Meter	12.50	Schottenstoffe in schönen Farbenstellungen.....Meter	21.75
Körperbarchent gebleicht, ca. 78 cm breit Meter	11.90	Waschkleiderstoffe in aparten neuen Mustern .. Meter	16.75	Vollvoile weiß, doppeltbreit Meter	22.75
Bettuchstoffe Bettbreite Meter	24.—	Dirndelstoffe in entzückenden Mustern ... Meter	19.75	Krepeline reine Wolle weiß u. farbig, 100 cm breit Meter	32.75
Schürzenstoffe la. Qualität, gestreift Meter	18.75	Frottéstoffe weiß und farbig Meter	42.50	Kostüm-Cheviot 180cm breit extra schwere Qual., marinebl. Mtr.	48.00

Rohseide bastfarbig, ca. 80 cm breit . Meter 42.50

Holstenhaus

Lübeck

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke danken herzlich

G. Starck
und Frau Anna geb. Peters.
Füchtlingstr. 29. (2488)

Karl Haut
Alma Haut
geb. Jäde
2494 Vermählte.
Für bewiesene Glückwünsche und Geschenke danken herzlich D. O.

Nach kurzem Leiden entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater

Johann Lentz
im 70. Lebensjahre.
Dies betrauert und schmerzlich vermisst von den Hinterbliebenen
(2486)

Wilhelmine Lentz
geb. Klemm
und Familie.
Schied, 30. Mai 1921.
Glockengießerstr. 64.
Trauerfeier: Sonnabend, den 4. Juni, nachm. 4 Uhr, in der Kapelle Borwerk.

Nachruf.

Am 23. Mai 1921 verschied infolge Herzschlages beim Baden unser Mitarbeiter, Schmied
(2480)

Erich Vespermann
im jugendlichen Alter von 20 Jahren.
Der Verstorbene war uns allen ein lieber Kollege. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Arbeiterkassette der Firma
Borstelwerk Lübeck A.-E.
herausgibt.

Leistung

angest. der Schulzeit geschult
(2481) Bachmeyer-Allee 25.

Nicht Expedieren u. Böhler.
Nicht Arbeit, billige Preisberechn. Ang. u. P. P. 54. (2456)

Neue Militärkass. Gr. 42 z. u.
z. bel. n. 7. Hundestr. 29, II. z.
(2479)

Zentral-Verband der Zimmerer.
(Zahlstelle Lübeck).
Bezirk Schwartau.

Nachruf.
(Verspätet).
Am Donnerstag, dem 26. Mai starb unser wertiges Mitglied
Wilhelm Bruhn
aus Groß-Varin.
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.
(2478) Der Vorstand.

Maurergefellen
stellt ein
H. Wandke u. Sohn,
Maurermeister.
Geibelplatz 21.

2r. Handm. u. 2 Räd. zu
verf. (2468) Stitenstr. 16.

1 f. n. Damenstrobhut b. zu
verf. (2476) Lindenbogen 7 l.

Guterh. Kinderbettst. m. M. b.
z. v. Goebenstr. 13, III. L. (2459)

Kleiderstr., Vertiko, bill.
z. verf. Hundestr. 7. (2478)

Labeneinrichtung
zu verkaufen, wegen Geschäftsauflösung.
Vick,
Hinterstraße 70 pt.

3. v. l. Sed. m. 3. Sofas pol.
(2477) Margaretenstr. 2 a. l.

Erst. Stall bill. z. v. l. n. 6-8
abba. (2467) Deputat 13 bt.

Schelm & Wege, Mengstr. 10.
Kunstbögen, Ammoniak, Hornspäne, Saatbohnen, Gurken- und Kürbiskerne, Gras, Klee, Serradella, Pferdebohnen. (2489)

Achtung!
Die beliebten
dänischen Schweinstöpfe
mit toller Fettsäure sind wieder da.
Verkauf: Mittwoch Marktstraße.

1/2 Stunde versenden
Sie unter
Läuse
sow. Brut (Niss.) Waazra, Fische
z. Mensch u. Tier „Kiesold“
gesch. Mitt. Wund. unschädlich
Verk. nur H. Wiese, Aegidienstr.

Milchkolonie.

Dauer v. 7. Juli bis 6. Aug.
Teilnehmerkarten zu 50 Mk.
tägl. vorm. in der Ortstran-
senkasse käuflich. Listenschluß
20 Juni. Freiwill. Beiträge
erbeten an Fr. Werner,
Goethestr. 4 oder Dr. med.
Wax oder Konto Milch-
kolonie Spar- u. Anl.-Kasse. (2457)

Neues grabl. Sofa b. z. verf.
(2498) Eg. Lohberg 58.

3. vert. Babykorb. (2488)
Moislinger Allee 49.

Verloren beim Holzlager
Emil Meier, Wallhalbinsel
1 Saft Senf
gegen Belohnung abzugeben
Johannes Parbs,
(2489) Fischergrube 71.

Neues Liederbuch
für Arbeiter
und Naturfreunde
Mk. 1.20.

Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 45.

Ba. Speiserartoffeln
Ba. Britetts vorrätig.
Lütgens,
Mittelstraße 17.
Fernspr. 3244. (2458)

Neue Sendung eingetroffen:
**Solitzer, Steinbohrer,
Karbolineum**
zu herabgesetzten Preisen.
Adler-Drogerie
Bad Schwartau.
Hans Gramm. (2492)
Fernsprecher 9046.

Schelm & Wege, Mengstr. 10.
Kunstbögen, Ammoniak, Hornspäne, Saatbohnen, Gurken- und Kürbiskerne, Gras, Klee, Serradella, Pferdebohnen. (2489)

Achtung!
Die beliebten
dänischen Schweinstöpfe
mit toller Fettsäure sind wieder da.
Verkauf: Mittwoch Marktstraße.

Nur kurze Zeit!

Circus Herm. Althoff
Lübeck. Burgfeld.

Heute Dienstag:
Gala-Eröffnung.

Mittwoch, 1. Juni:
2 Vorstellungen 2

8 Uhr nachm. 7 1/2 Uhr abends.
Nachm. für Kinder halbe Preise. (2485)

Vorverkauf: Zigarrenhaus M. Niemeyer, Breite
Straße 63. Tel. 8511.

Kolosseum Ball
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 Uhr.
Heinrich Ohde.
(2481)

Zeitungsappt. z. f. gef. 3. vert. 1 Kachelofen mit
Ang. m. Preis u. R S 16 Unterf. 1 B. Halbkiesel.
an die Exped. d. Bl. (2485) 2470) Burgtreppe 8.

Expres-Güter-Verkehr
„Nordmark.“
Kraftverkehrs-Gesellschaft m. b. H. Nordmark
Zweigstelle Lübeck.

befördert Pakete, Kisten, Stückgüter usw.
nach den Orten
**Travemünde—Niendorf—Timmen-
dorferstrand—Scharbeutz (Haffkrog).**
Eröffnung: 2. Juni 1921.

Berechnung billigt. — Fordern Sie Tarife.
Annahmestellen: Lübeck, Burmester & Ahlers,
2484) Travemünde, Schnoor, Rose,
Niendorf, Timmendorferstrand, Kruse,
Scharbeutz, Ostsee-Klause.

Die Wagen verkehren am Dienstag, Donners-
tag und Sonnabend jeder Woche 8 1/2 Uhr
vormittags ab Lübeck.

Luisenlust.

Morgen Mittwoch: Tanz.
Damen Eintritt frei. (2468)

Kameradschaft 1914-18.
Sonntag, den 3. Juni:
Sommerfest
in der Forsthalle.
Beginn 8.30 nachm.

1. Großes Militärkonzert
der gesamten Reichsmehr-
kapelle unter persönlicher
Leitung des Herrn Ober-
musikdirektor Clausnitzer.
2. Kinder-Belustigungen mit
Ueberraschungen, u. a.
Faschete Theater mit
Direktor Ernst Albert.
3. Ab 8 Uhr abends Tanz.
Eintritt für Mitgl. M. 1.—
Nichtmitglieber 2.—
Tanz (2460) 3.—

Deutscher Musiker-Verband.
Mittwoch, 1. Juni 1921,
vorm. 9 1/2 Uhr
Vertammlung
im Gewerkschaftshaus.
(2486) Der Vorstand.

Mieterschubverein
Lübeck. E. V.

**Bezirks-
Versammlung**
in Moisling

am Dienstag, dem 31. Mai 1921
abends 8 Uhr
im Kaffeehaus Moisling.

Tagesordnung:
1. Wohnungsnot und die
leerstehenden Wohnungen
in Moisling.
2. Vortrag über das Reichs-
höchstmietengesetz.

Beachten Sie die Lübecker
Mieter-Zeitung. Zu haben
in den bekannten Buchhand-
lungen und in der Geschäfts-
stelle Märktegrube 27.

**Haupt-
Versammlung**

am Freitag, dem 3. Juni 1921
abends 8 Uhr
in den Zentralhallen,
Dankwartstraße.
(2482) Der Vorstand.

Für die Schulden meines
Mannes habe ich nicht.
Frau Wriggers.
Moisling. (2464)

Verein der Ost- und Westpr.
Versamml.
am Mittw.
d. 1. Juni,
abds. 8 Uhr.
im Turnh., U. d. Mauer.
Wichtige Tagesordn. (2462)

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter.
Ortsverwaltung Lübeck.
(2487)

Mitgliederversammlung
am Freitag, dem 3. Juni
abends 7 1/2 Uhr
bei Eggers, Stabenstr. 89.

Hansa-Theater

Letzter Tag!
Anfang 8 Uhr:
Das glänzende

Variété-Programm
9 1/2: Heute Dienstag 9 1/2:
Letzter Kampf
Entscheidungskämpfe
Romanoff gegen (2494)
Westergaard-Schmidt.
Wildmann gegen Swatow.
Entscheidungs-Boxkampf
Wahram gegen Scharuchin
Ausrufung des Siegers
und Ueberweisung des
ersten Preises: „Der gol-
dene Dankeaten-Büchel“.

Stadttheater Lübeck.

Dienstag, Gastsp. der Haab-
Berkow-Spieler. Die zer-
tanzen Schuße. 8 Uhr.
Der Schatzgräber. 7 Uhr.
Als Gast Herr Laurenz
Hofer, Staatsth. Hannover.
Letztes Auftreten von Herrn
Holmut Seiler.
Buchst. D und 20. Vorst.
im Opern-Abonn.

Mittwoch, Gastspiel der
Haab-Berkow-Spieler
Theophilus und Lorenz.
7.30 Uhr. (2474)

Diejenigen Abonnent-
ten, die ihr Abonnement
für die kommende Spielzeit
noch nicht erneuert
haben, werden gebeten, dies
bis zum 4. Juni ds. Jrs.
zu tun oder mitzuteilen,
daß auf die Plätze verzich-
tet wird, damit bei den
schon vorliegenden
vielen Neuanmel-
dungen über die Plätze
verfügt werden kann.

Die Ausführung des Ultimatus.

Nicht um neue Belastung handelt es sich, vielmehr um die Entlastung der produktiven Stände, die ihnen die Kraft geben soll, neue Energie zu erzeugen, neuen Reichtum zu schaffen. Die Rechtsparteien sind dabei, die Verantwortung für das unterschriebene Ultimatum von sich abzuweisen: da sie nicht unterschrieben haben, wollen sie auch nicht bezahlen! Es wird darum notwendig sein, so schnell wie irgend möglich die Wirtschaft und die Produktion so zu organisieren, daß zunächst einmal überhaupt die für die Reparation erforderlichen Leistungen herauskommen, daß dann aber auch die Belastung, die von dem ganzen deutschen Volk getragen werden muß, angemessen verteilt wird. Hierzu ist zweierlei erforderlich. Einmal eine starke Regierung, die ein selbstbegründetes Programm mit unantastbarer Autorität vertritt. Und zum andern eine genaue Kenntnis der gegenwärtigen Wirtschaft, der gegenwärtig geltenden Möglichkeiten für unsere Produktion und unsern Export.

In solchem Sinne beginnt der Genosse Parvus in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Die Glocke“ die Lage zu untersuchen. Er kommt dabei zu sehr interessanten und teilweise zu überraschenden Feststellungen. Feststellungen, die ihn zu dem Ergebnis drängen, daß so, wie die Dinge jetzt in Deutschland liegen, zwecks Durchführung des Ultimatus die Zusammenfassung von Staat und Privatindustrie das Beste sein würde: „Es sollte eine Organisation geschaffen werden, die von der Privatindustrie die kaufmännische Leitung, vom Staat die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses übernimmt.“

Von den einzelnen Feststellungen des Genossen Parvus verdienen einige besonders hervorgehoben zu werden. Parvus knüpft an die auch von der Entente unterschriebene Tatsache an, daß unser Export bereits 60 Proz. der Vorkriegszeit erreicht habe. Mit Recht weist Parvus darauf hin, daß demgegenüber stets vergessen werde, daß Großbritannien seinen Export, gemessen an der Vorkriegszeit, um 150 Proz. gesteigert habe, und daß die Ausfuhr der Vereinigten Staaten heute sogar einen Wert aufweise, der das Dreifache der Vorkriegszeit betrage. „Es hat also eine allgemeine große Steigerung des Welthandels stattgefunden, bei der Deutschland stark ins Hintertreffen geraten ist.“ Parvus sagt hierzu noch im einzelnen: „Die anderen haben die Hauptzahlen der Ausfuhr, sie beherrschen der Weltmarkt, an dem uns nur ein sehr bescheidener Anteil zufällt, sie machen die Preise, wir richten uns danach. Das Ausland hat nur durch den fortgesetzten Druck auf den Markkurs uns ausgeraubt, während es zugleich durch die Vertenerung unseres Rohstoffbezuges den Wiederaufbau unserer Industrie hinderte. Darum beruht denn unsere ganze Ausfuhr nunmehr auf Waren, für die wir die Rohstoffe im eigenen Lande haben: Kohle und Kohlenprodukte, also die chemische Industrie, ferner Eisen und Eisenwaren bzw. Maschinen. Unsere Ausfuhr an Textilwaren ist für die Monate Januar-September 1920 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1913 von 3,2 Millionen Doppelzentner auf 0,5 zurückgegangen, die Ausfuhr an Leder und Lederwaren von 422 000 Doppelzentner auf 67 000, Hautschutwaren von 152 000 auf 20 000, Papier von 4,1 Millionen Doppelzentner auf 1,6 Millionen Doppelzentner.“ Hierzu kommt, daß die deutsche Ausfuhr nach den großen entsetzten Ländern gegenüber der Ausfuhr nach den kleineren Ländern zurückgegangen ist. Während Großbritannien vor dem Krieg mit 14,3 Proz. an der Ausfuhr Deutschlands beteiligt war, ist es das heute nur noch mit 6,4 Proz., Frankreich mit 3 Proz. gegenüber 7,8 Proz. vor dem Kriege. Umgekehrt aber waren die Niederlande vor dem Kriege an der Ausfuhr Deutschlands mit 6,9 Proz. beteiligt, heute erhalten sie von dieser Ausfuhr 21,2 Proz., die Schweiz 9,2 Proz. gegenüber 5,3 Proz. vor dem Kriege, Schweden 7,1 Proz. gegenüber 2,3 Proz. Parvus schließt aus solcher Statistik mit Recht, daß das Jahr 1920 für Deutschland ein Jahr des Ausverkaufs durch die Kleinstaaten gewesen ist, und da er

diese Entwicklung noch nicht für abgebrochen hält, so ist ihm auch dies eine Ursache, so schnell wie irgend möglich solche schädliche Ausverkaufspolitik durch eine großzügige Wirtschaftspolitik ersetzt zu sehen.

Besonders warnt Parvus vor einer Unterbietung des Weltmarktpreises. Er sagt geradezu, daß Deutschland an hohen Warenpreisen interessiert sei und daneben an einer Entwertung des Geldes. Was Parvus damit meint, leuchtet auch sofort ein, wenn man berücksichtigt, daß Deutschlands Ausfuhrwert, wenn die Preise, mit denen unsere Ausfuhrstatistik für 1920 rechnet, auf die Warenausfuhr von 1913 angewendet wird, für 1913 den Betrag von 213,9 Milliarden Papiermark erreicht hat. Oder in Gold umgerechnet: 21 Milliarden Goldmark. Nun hat aber unsere Ausfuhr 1913 tatsächlich nur einen Wert von 10 Milliarden gehabt, woraus sich ergibt, daß bei Berücksichtigung des gegenwärtigen Weltpreises unsere Ausfuhr, wenn sie die Höhe der Ausfuhr von 1913 erreicht, nicht 10, sondern 21 Milliarden Goldmark wert sein wird. Ein Umstand, der auch den Herren Loucheur und Lloyd George gegenwärtig war, als die deutsche Ausfuhr mit 20—30 Milliarden Goldmark bewertet haben.

Aus diesem Umstand kommt nun Parvus zu einem überraschenden Bemerkenswertem und die Politik der Unterschift besonders rechtfertigenden, die Politik der Erfüllung aber nicht unwesentlich erleichternden Schluß. Parvus sagt: „Nun haben wir an die Alliierten 135 Milliarden Goldmark zu zahlen. Wir zahlen sie in Waren, die wir entweder direkt abführen, oder anderweitig verkaufen, um den Erlös an die Alliierten zu zahlen. Wir können also, wenn wir unsere Zahlungsfähigkeit bestimmen wollen, nicht einfach mit den Werten aus der Vorkriegszeit rechnen, sondern wir müssen, wenn der Goldkoeffizient zwei ist, entweder unsere Staatseinnahmen und unsere Ausfuhrwerte mit zwei multiplizieren, oder die Schuldsomme mit zwei dividieren. Rechnen wir mit den Preisen von heute, so sind wir um 100 Prozent reicher, als vor dem Kriege, rechnen wir mit den Preisen der Vorkriegszeit, so ist unsere Schuldsomme um die Hälfte geringer, sie beträgt dann nicht 135, sondern nur 67,5 Milliarden Goldmark, d. h. mit einer Menge von Waren, deren Wert vor dem Kriege 67,5 Milliarden Mark betrug, sind wir, angesichts der gesteigerten Preise in der gegenwärtigen Schuldsomme von 135 Milliarden Goldmark abzutragen.“

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 31. Mai.

Kommunistische Zersplitterungsarbeit.

In Russland ist die freie Wirtschaft zu einem großen Teile eingeführt. Damit ist nicht nur den Kapitalisten, sondern auch den Genossenschaften mehr Bewegungsfreiheit gegeben als vorher. Das ist ein Beweis, daß man die Wirtschaft eines Landes nicht dauernd mit Gewalt nach dem persönlichen Sinn einiger weniger modeln kann. In Deutschland bilden die Kommunisten noch immer wie hypnotisiert auf das russische Vorbild, daß in völliger Reinheit in der Wirklichkeit nicht mehr vorhanden ist. Sie sind bestrebt, die russischen Methoden auch in Deutschland einzuführen. Wozu sind sie denn auf die 21 Moskauer Thesen eingeschworen?

In der Politik haben die KAPD-Leute, wie Leut schlagend bemerken hat, sich als unfähig erwiesen. Sie suchen sich weitere Politikungsfelder. Nach den Gewerkschaften sollen ja auch die Genossenschaften als Versuchssubjekte ihrer gefährlichen, und in ihrer Wirkung den Kapitalismus stärkenden Spielereien, benutzt werden.

In den 21 Thesen heißt es:

„Unsere Aufgabe muß sein, durch intensive Arbeit in allen Organen der Konsumvereine den bürgerlichen Charakter der Konsumvereine zu unterdrücken, in öffentlichen und Mitgliebertreffen Versammlungen müssen die Vereinstätigkeiten gezwungen werden, so allen Problemen der proletarischen Revolution Stellung zu nehmen.“

Wenn die Kommunisten dem Wortlaut dieser Vorschrift folgen, dann kann man in den Konsumgenossenschaften noch allerlei erleben, dann kann natürlich keine Geschäftsleitung eines Konsumvereins mit den Mitglieberten über die notwendige Arbeit in

Genossenschaftsversammlungen sprechen, weil sie ja zu „allen Problemen der proletarischen Revolution Stellung nehmen“ soll, und da diese so vielseitig sind und unter dem Begriff „proletarische Revolution“ vielfach verschiedenes verstanden wird, so wäre keine Zeit zum ernsthaften Arbeiten vorhanden. Doch Scherz beiseite, diese Dinge haben auch eine sehr ernste Bedeutung.

Man soll sich doch einmal vorstellen, so schreibt das „Hamb. Echo“, zu welchen Konsequenzen das Vergehen der Kommunisten führen kann, wenn man die Genossenschaften im Sinne einer Partei einstellen will, wie es die Kommunisten nach dem Moskauer Diktat wollen müssen.

Sofort droht die Möglichkeit der Spaltung. Man kann unmöglich von parteipolitisch anders orientierten Mitglieberten des Konsumvereins, die in diesem ein wirtschaftliches Unternehmen zur Förderung ihrer Interessen und zur Herbeiführung der Gemeinwirtschaft erblicken, verlangen, daß sie sich in der Politik einer anderen Partei unterordnen. Auf keinem Gebiete ist aber die Zersplitterung so gefährlich wie in der Genossenschaftsbewegung. Politisch und gewerkschaftliche Organisationen vermag man leichter aufzubauen, und doch weiß jeder, der an einem solchen Aufbau tätig war, wie schwer und mühselig die Arbeit ist. Bei den Genossenschaften kommt noch hinzu, daß sie, von der Kaufkraft und den wenigen Geldmitteln der einzelnen Verbraucher getragen, große, leistungsfähige Unternehmungen nach ihren Grundsätzen aufbauen müssen. Dies wird durch eine Zersplitterung unmöglich gemacht. Darum sollte jeder Arbeiter, der die politische Zersplitterung der Arbeiter bedauert, wenigstens in der Organisation, die heute noch einmütig gegen den Kapitalismus gerichtet ist, der Konsumgenossenschaft, die Einigkeit erhalten.

Die KAPD. in Hamburg hat sich nun den Dr. Mittel kommen lassen, der in einer öffentlichen Versammlung mit der gemeinsamen Arbeit der Kommunisten beginnen wird. Dr. Mittel ist der richtige Mann dazu. Er schrieb während des Feldzuges Kriegsschriften, in denen er zum Durchhalten gegen den englischen Auswanderungsplan aufforderte. Wir gännen den Kommunisten diesen Mann, der von seinem Verein als Parteimitglied gekennzeichnet wurde und der auf dem Genossenschaftstag in Harzburg so gestützt wurde, daß er genötigt war, eine schriftliche Erklärung abzugeben, mit der sein Lügengewebe zusammenbrach.

Die „Hamb.-Volkszeitung“, das Organ der Kommunisten, bringt einen längeren Bericht über die Bitter-Versammlung und schreibt zum Schluß: „Regelmäßiges Material, was die Genossenschaftsbureaukratie in ihrem Blatt meist den Mitglieberten unterschlägt und das „Revolutionäre Genossenschaftsprogramm“ ist zu finden im „Kommunistischen Genossenschaftler“, ein Blatt, das in Zukunft regelmäßig erscheint.“ — Spaltung und Bekämpfung aller Arbeiterorganisationen, das ist also die Parole der Kommunisten. Die Arbeiterkraft muß diese lauberen Spaltbrüder ganz gehörig auf die Finger klopfen.

Verein „Arbeiter-Jugend“.

Monatsprogramm für Juni.

Abteilung Stadt. Jugendheim: Johannisstraße 60 (Haushaltungsschule).

1. Juni Vortrag des Genossen Steinberg „Entstehung einer Zeitung“.
4. Juni Nachtwanderung zum Landheim, ab 7 Uhr abends Geißelplatz.
5. Juni: Tageswanderung nach Teschow, ab 6 Uhr morgens Geißelplatz; abends: Gemütliches Beisammensein.
8. Juni: Monatsbesprechung.
9. Juni: Abendliche Wallwanderung, ab 7 1/2 Uhr.
12. Juni: Tageswanderung zur „Steinernen Rinne“; nachmittags ab 3 Uhr: Wanderung nach Schwarzenhiesebusch; abends: Fragekasten-Beantwortung.
15. Juni: Vortrag des Genossen Bromme: „Heinrich Heine“.
18. Juni: Gruppenwanderungen zum Witwall. Witwall wird im Heim bekanntgegeben; abends: Blaueabend über Wandererlebnisse.
22. Juni: Vortrag des Genossen Schermer: „Heimatsgeschichte“.
23. Juni: Abendliche Wallwanderung, ab 7 1/2 Uhr.
26. Juni: Nachmittagswanderung zum „Pariner Berg“ ab 8 Uhr; abends: Bunter Abend.
29. Juni: Vortrag des Genossen Jahn: „Amerikanische Verhältnisse“. Jeden Dienstag ab 5 1/2 Uhr: Ballspiele (Baniamshof). Jeden Freitag: Reigen und Volkstänze auf dem Baniamshof.

Abteilung Markt. Jugendheim 2, St. Gertrudskirche, Heinrichstraße 4.

1. Juni: Vortrag des Genossen Herhold: „Buchdruckerei“.
3. Juni: Vorstandssitzung.
5. Juni: Frühstour nach Hohe Melle; abends: Bunter Abend.
8. Juni: Monatsbesprechung.
10. Juni: Regitationsgruppe.
12. Juni: Wanderung nach Teschow.

Das große Tor.

Roman von Wilhelm Cremer.

88. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber während Frau Wels im ganzen Haus herumließ und überall sammerte, war Martha fröhlich wie seit langer Zeit nicht mehr. Ja, es war ihr sogar gleichgültig, als ihr eine Nachbarin erzählte, Frau Wels mache sie überall schlecht, als sei sie, Frau Wittkamp, an all den Uebelthaten Antheil beteiligt, ja sogar die eigentliche Anstifterin.

„Und dabei ist sie selbst so schlecht!“ sagte die Nachbarin. „Sie hat das arme Mädchen mit Gewalt fortgejagt; als ob das Kind sich an ihren Sachen vergreifen würde.“

Abends erzählte Martha Richard die ganze Geschichte. Er war überrascht, weil er gar nichts davon geahnt hatte. Aber er freute sich, weil er Martha bei dieser Sache so voll Interesse sah, fast wie früher, und weil sie ihm das erzählt hatte.

„O, das war schön!“ sagte er. „Mit hat das arme Mädchen auch immer leid!“

Sie hatte mit einem so warmen Ton gesprochen, daß er unwillkürlich eine Bewegung machte, um sie an sich zu ziehen. Aber sie zuckte zusammen, und alle Wärme war fort.

„Warum bist du so, Martha?“

„Ich kann es dir nicht sagen!“

„Doch du — du kannst mir alles sagen, ich würde alles mit dir tragen!“

„Ich kann nicht!“ sagte sie und ging hinaus in die Küche. Als sie wieder kam, hatte er den Kopf auf den Tisch gelegt und weinte.

Nach acht Tagen kam eine Nachricht von dem jungen Paar, ein Brief an Herrn Wels und einer an Martha. Wels freute sich. „Ja, sie ist meiner Frau durchgebrannt!“ sagte er zu Wittkamp. „Wenn ich das nur auch gleich könnte.“

Martha aber verneinend lecht vollständig.

Bender hatte noch einmal den Versuch gemacht, mit Martha in das frühere freundschaftliche Verhältnis zu kommen, aber sie wenigstens zu überreden, um Wittkamps willen von ihren dummen Grillen und Einbildungen abzulassen.

Er war des Abends zu den beiden hingekommen, fröhlich und unbefangenen wie immer, und er hatte Martha begrüßt, als ob nie etwas zwischen ihnen geschehen wäre. Aber es wurde alles nur noch schlimmer.

Wohl fühlte sie den Einfluß, der von seinen Augen und dem Ton seiner Stimme ausging, wieder in sich erwachen. Aber sie

empfund das jetzt als eine Beschimpfung, die sie rein körperlich quälte. Er wollte ja nur das eine von ihr, er zog sie nur in den Schmutz, und wenn er ihr den Rücken gedreht hatte, dann dachte er nicht mehr an sie. So sah sie denn fast an ihm vorbei mit harten, steingemordenen Zügen.

Sie mißverstand sich jetzt helde, und Bender, der ein solches Krankenhausgeschick am wenigsten leiden konnte, wunderte sich, wie er nur jemals in ihr etwas Besonderes hatte sehen können. Er empfahl sich jetzt bald und kam nicht mehr wieder.

Aber er traf sich jetzt viermal in der Woche mit Wittkamp in der Abendsschule, in der sie englischen Unterricht nahmen. Es ging dort merkwürdig zu, und der Lehrer, der wohl der jüngste von der Gesellschaft war, dazte sie alle nach amerikanischer Art. Dabei sahen unter den Schülern graubärtige Männer, die grade eben eingewandert waren und nun noch einmal auf den Kinderbänken Platz nahmen, um die neue Sprache in ihren harten Kopf einzuprägen.

Es herrschte eigentlich gar kein System in diesem Sprechenlernen, und es kam dem Lehrer auch gar nicht auf eine korrekte Aussprache an, aber sie machten doch alle schnelle Fortschritte. Diese Schüler waren ja ganz erfüllt von jener unbedingten Bewunderung des Amerikanischen, die in diesem Lande ein Dogma war und bis zur Nachahmung auch des Kleinsten und Lächerlichsten ging. Auch die Hartnäckigsten und Eingeständeten, die in Europa velleicht für ihre Sprache und Eigenart jäh und erfolgreich gekämpft hatten, hier weiterferteten sie miteinander, alles das so schnell wie möglich aufzugeben.

Wittkamp kamte am meisten über seinen Freund Bender, der alles Sprachliche wie im Fluge aufgriff. Ihm halfen aber auch seine vielen Mädchengeschichten, denn er war jetzt, wie er sagte, nur noch hinter echten Amerikanerinnen her. „Eine ganz andere Rasse!“ meinte er Wittkamp gegenüber.

18

Anfang Dezember eröffneten Wels und Wittkamp ihr Geschäft. Sie mieteten ein geräumiges Zimmer im Süden der Vierten Avenue mitten im Geschäftsviertel. Es lag fünf Treppen hoch, aber dafür war es hell und wurde nicht erdrückt von all der Enge, die da unten die ganze Stadt beherrschte.

Die Einrichtung war höchst einfach. Große, billige Arbeitstische ringsherum, Stühle und ein kleiner Schemel. Dazu kam noch etwas Arbeitsgerät. Auch Wels war dafür, da im Anfang noch nichts an Maschinen und dergleichen angeschafft wurde.

Er zeigte sich in jeder Hinsicht als außerordentlich intelligent und kannte auch die kleinen Nebenzweige auf dem Lederwarengebiete. Seine Idee war die Anfertigung der billigen Massen-

artikel. Er zog nur zwei tüchtige Gehilfen für schwerere Sachen heran und bezahlte sie sehr gut. Im übrigen nahm er Anfänger und Greenhorns, die halb umsonst arbeiteten. Wenn sie zu langsam wurden und sich nicht mehr mit glatten Versprechungen abspenken ließen, dann konnten sie ja gehen. Er fand genug neue.

Wels wußte genau, daß die großen Firmen, besonders bei den billigen Warenansuchen, nicht gerne direkt mit den Arbeitern zu tun hatten. Das machte ihnen zu viel Arbeit und kam ihnen auch wohl teurer zu stehen, als wenn sie Zwischenmeister hielten.

Und für das alles war Wels der geeignete Mann. Nicht als ob er ein Tyrann oder ein roher Ausbeuter gewesen. Das konnte gewiß niemand von ihm sagen. Im Gegenteil, diese jungen Leute, mit denen er sich solche Mühe gab, legten ihr Schicksal, daß sie einen solchen Mann gefunden, der sie mühsam anlernte und ihnen doch schon Lohn gab.

Freilich verdiente er dabei nichts, das rechnete er ihnen genau vor. Aber er hoffte, daß sie dauernd bei ihm blieben und mit ihm zusammenarbeiteten. Daß sie, wenn sie ihn nach einigen Monaten verließen, weil sie glaubten, anderwärts mehr zu verdienen, überhaupt keine Stelle fanden, war nicht Wels' Schuld. Sie hatten freilich nur wenige Handgriffe gelernt, die sie immer wiederholen mußten, und auf den andern Shopp's gab es bei den Tausenden von Arbeiter eine ganz andere Arbeit, die sie nicht kannten. Aber warum waren sie nicht bei Wels geblieben? Der hätte sie gewiß nicht fortgejagt, der blieb überhaupt immer freundlich gegen jedermann.

Er fand sich sogar, trotzdem er jetzt Boß geworden, noch immer gut in der Union, und seine beiden Gesellen, mit denen er sich als früheren Kollegen dazte, schwuren auf ihn.

Für Wittkamp war es ein geradezu idealer Kompagnon. Wenn etwas geschehen sollte, dann war es immer Wels, der um Rat fragte, und Wittkamp, der schließlic bestimmte. Aber es zeigte sich schon nach kurzer Zeit, daß Wels alles und jedes auf unsichtbare Weise leitete. Er schien alles im Voraus zu wissen.

Wenn er Wittkamp bat, einmal bei Perkins u. Co. anzufahren wegen neuer billiger Taschen, dann war es sicher, daß der Manager von Perkins schon alles bereit hielt.

Er begann sogar einen kleinen Lederhandel. Er wußte, wenn jemand bares Geld brauchte, und kaufte ihm seinen Lederbestand ab. Er ging zu einem solchen Geschäft nie, ohne die Bestellheine nachlässig zusammengewalkt in der Tasche zu haben. Wenn er telephonierte, daß jemand die Waren abholen sollte, dann telephonierte er auch schon zugleich, wohin sie gebracht werden mußten.

(Fortsetzung folgt.)

15. Juni: Plattdeutsche Vorlesungen (Lehrer Rühl). 17. Juni: Funktionärstreffen. 19. Juni: Freilicht nach Göttingen; ab 6 Uhr; abends: Tisch- und Brettspiele. 22. Juni: Vortrag im Freien. 24. Juni: Wanderkommissionstreffen. 29. Juni: Mädhenaabend im Heim. Für die Jungen: Ballspiele. Abteilung Holstenor-Nord: Jugendheim 4, St. Lorenz-Knabenschule.

1. Juni: Vortrag über Geschäftsordnung. 3. Juni: Lieberabend. 5. Juni: Monatsbesprechung. 6. Juni: Sportbesprechung. 8. Juni: Vortrag des Genossen Passarge: „Jungs und Mädels“. 10. Juni: Spielabend. 12. Juni: Bunter Asterlel. 13. Juni: Funktionärstreffen. 15. Juni: Lieberabend, Meinungen der A.-J. mitbringen. 17. Juni: Reigenabend. 19. Juni: Neue Spiele. 20. Juni: Spiele im Freien. 22. Juni: Diskussionsabend: „Wie schmüden wir unser Heim“. 24. Juni: Lieberabend. 26. Juni: Wanderung nach dem „Bariner Berg“. 27. Juni: Spiele im Freien. 29. Juni: Lieberabend.

Abteilung Holstenor-Süd: Jugendheim am Bahnhof. Abteilung Moising: Jugendheim Moisinger Schule. Veranstaltungen werden im Heim bekanntgegeben. Gemeinsame Veranstaltungen: Jeden Sonnabend von 7 $\frac{1}{2}$ –9 $\frac{1}{2}$ Uhr: Singunterricht in der Gesangsabteilung des Katharineums. Am 25. Juni: Sonnenwendfeier.

Die Texte, Blätter des Lübecker Stadttheaters, weist in der Mainumer folgende Beiträge auf: Spiel und Ueberzeugung. Von Friedrich Märker. — Die Geschiedenen. Von Otto Anthes. — Neue Lyrik. Von G. H. Karl Heilmann. — Des Fortunarius Sohn. Von Julius Savemann. — Theaterkritik. Von Hans Lebe. — Die Schalkspektakel. Von Max Ludwig. — Neue Bücher. — Mitteilung der Redaktion.

Aus der Partei.

Die Entwicklung der S. P. D. in Leipzig. Unsere Parteiorganisation in Leipzig hat ganz besonders unter der Spaltungstaktik der Unabhängigen zu leiden. Am 18. März 1917 wurde dort ein neuer Parteiverein gegründet. Der jenen erschienenen Bericht des Bezirkssekretariats Leipzig über die Entwicklung der Organisation seit der Spaltung im Jahre 1917 weist für die einzelnen Jahre folgenden Mitgliederstand auf: Am 18. März 1917 waren vorhanden 62 Mitglieder; am 31. März 1918 436; am 31. März 1919 1832; am 31. März 1920 2450 und am 31. März 1921 3245. Am 19. Januar 1919 erhielt unsere Partei bei der Wahl der Nationalversammlung 128 029 Stimmen gegen 236 989 die auf die U. S. P. entfielen. Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 erhielt unsere Partei nur 67 710 Stimmen, während die der Unabhängigen auf 267 520 anwuchsen. Die Kommunisten konnten fast 13 000 Stimmen auf sich vereinen. Bei den Landtagswahlen im November 1920 war für unsere Partei ein kleiner Aufschwung zu verzeichnen. Sie erhielt in Leipzig rund 69 000 Stimmen und drei Mandate, während die Unabhängigen gegenüber der Reichstagswahl von 1920 120 000 Stimmen verloren. Die Kommunisten hingegen konnten einen Gewinn von 35 000 Stimmen verzeichnen. Die Entwicklung ging also seit der Spaltung außerordentlich langsam von statten. Heute aber verfügen unsere Leipziger Parteigenossen, trotz alledem über eine gute Organisation und es ist zu hoffen, daß den bescheidenen Erfolgen der ersten Zeit sich bald höhere anschließen, umso mehr, als auch in der unabhängigen Hochburg Leipzig das Vertrauen der Arbeiterklasse zur sozialdemokratischen Partei sich mehr und mehr stärkt.

Das Urteil der Parteigenossen. In Darmstadt fand eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre und Vertrauensleute der SPD, Bezirk Darmstadt, statt, um zu dem Thema: „Das angenommene Ultimatum der Entente und der Eintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung“ Stellung zu nehmen. Das einleitende Referat wurde von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Quessel erstattet. Nach eingehender Diskussion wurde eine Entschließung angenommen, die sich mit der Zustimmung zum Entente-Ultimatum einverstanden erklärt und den Eintritt unserer Genossen in die Regierung billigt. Eine Verbreiterung der Koalition nach rechts durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei wurde entschieden abgelehnt.

Gewerkschaftsbewegung.

Bundestagung der Gefängnisaufsichtsbeamten. In dreitägigen Verhandlungen beschäftigten sich die Aufsichtsbeamten und Beamten der Gefängnisse, Strafanstalten und Erziehungsanstalten mit den großen Fragen ihres Standes und zumal in jetziger Zeit so verunsicherungsreichen Berufes. Sowohl das preussische Justizministerium wie das preussische Ministerium des Innern hatten Vertreter entsandt und die Leiter der größten Gefängnisse Deutschlands waren entweder persönlich erschienen oder durch obere Beamte vertreten. Bezeichnend ist es, daß auch auf diesem Gebiete des Strafvollzugs die Beamten sämtlicher deutscher Länder sich aus dem Bedürfnis der Praxis heraus bereits zu einem großen Bunde vereinigt haben und einen einheitlichen Strafvollzug in ganz Deutschland verlangen. Dabei ist es allgemeiner Wunsch,

daß die Bewachung des Strafvollzugs unbedingt von der Staatsanwaltschaft auf eine andere Behörde übertragen werden müßte. Ueber die Ausbildung der Gefängnis- und Strafanstaltsaufsichtsbeamten und -Beamtinnen sprach eingehend Strafanstaltslehrer Mertens-Kassel. Es herrschte Einigkeit darüber, daß mit dem Hilfsbeamtenwesen bald gebrochen und nicht jede beliebige Person ohne weiteres mit der Gefangenenbewachung und ihrer Erziehung betraut werden dürfe, sondern daß dazu unbedingt eine Fachausbildung erforderlich sei. Sehr bezeichnend für den in der Justizverwaltung noch heute herrschenden Geist war die Tatsache, daß die Delegierten beschlossen, in dem später erscheinenden Bericht über den Bundestag sollen die Namen der Redner nicht angegeben werden, damit keine Maßregelungen möglich sind. Von den zahlreichen Klagen über die Verfallslosigkeit der Behörden seien nur einige erwähnt: Unter 58 Aufsichtsbeamten der Strafanstalt Spandau befinden sich nicht weniger als 50 Hilfsbeamte, die mit einem Monatsgehalt von 760 Mark eine Familie ernähren und Bestehungsverfuchen widerstehen sollen. Besonders merkwürdige Zustände wurden von der thüringischen Anstalt Behringhausen berichtet. So sind dort zwei ganz jugendliche Aufseherinnen von 18 Jahren als Aufsicht für Prostituierte bestellt. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Die Vertreterversammlung des Bundes der Gefängnis-, Straf- und Erziehungsanstaltsaufsichtsbeamten und -Beamtinnen Deutschlands beauftragt den Bundesausschuss dahin zu wirken, daß das Hilfsbeamtenwesen endgültig beseitigt wird. Hilfsbeamte sind nur ausnahmsweise zur Deckung eines vorübergehenden Bedarfs. In allen übrigen Stellen des Aufseherdienstes sind Beamte, bzw. Beamtinnen zu beschäftigen. Bei Regelung nach diesen Grundsätzen ist dafür zu sorgen, daß sämtlichen bisherigen Hilfsbeamten, die länger als ein Jahr im Gefängnisdienst beschäftigt sind, soweit geeignet, in das Beamtenwärtnerverhältnis übernommen werden. Die zur Deckung eines vorübergehenden Bedürfnisses angenommenen Hilfsbeamten sind nach Tarifverträgen zu entlohnen. Die Vertreterversammlung ist der Ansicht, daß in den Anträgen der Organisationen die Wünsche der Mehrheit der Beamten zum Ausdruck kommen. Sie verlangt, daß den Anträgen der Organisationen auf Verhandlung mit ihren Vertretern entsprochen wird. Nach Wiederwahl des 1. Vorsitzenden Theodor Berlin fand die Tagung ihren Abschluß in einer Führung durch das Untersuchungsgefängnis in Moabit, das mit einer Belegung von etwa 1500 männlichen und weiblichen Personen und seinen technischen Einrichtungen (eigenes Licht, Wasser und eigene Heizung) sowohl zu den größten und vorbildlichsten Anstalten dieser Art gehört.“

Gegen die Moskauer Zersplitterungsaktion. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahm auf seiner letzten Tagung in Amsterdam die nachfolgende Resolution einstimmig an: „Der am 18., 19. und 20. Mai 1921 in Amsterdam versammelte Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes billigt vollkommen die Haltung des Bureau gegenüber der auf die Zersplitterung der Arbeiterkräfte abzielenden Aktion seitens der Führer der 3. Internationale. Der Vorstand gibt weiter seiner Meinung Ausdruck, daß das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes den nachstehend einmütig gefaßten Beschlüssen des Londoner Kongresses gemäß gehandelt hat. In der Erwägung, daß die beherrschende Aktion der 3. Internationale die Reaktionsjahre andauernd vermehrt, erklärt der Vorstand, indem er diese Resolution prüft und die von der Moskauer Internationale beabsichtigte Zersplitterungsaktion feststellt: daß das Prinzip der Einheit eine unerlässliche Voraussetzung der Arbeiteraktion ist und den gewerkschaftlichen Organisationen nicht das Recht zugestanden werden kann, zwei Internationalen zugleich anzugehören. Jede Organisation, die demnach ihren Beitritt zur politisch-gewerkschaftlichen Moskauer Internationale erklärt, stellt sich damit selbst außerhalb des Internationalen Gewerkschaftsbundes.“ — Alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und die Internationalen Berufssekretariate im besonderen werden beauftragt, diese für die Existenz und Aktion der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse unerlässlichen Prinzipien zur Durchführung zu bringen.

Eine bemerkenswerte Entscheidung zur Frage des Lohnabbaus. In der Dortmunder Metallindustrie, die u. a. die Grobeisenhüttenwerke Hoefch, Union und Phönix umfaßt, bemühen sich die Arbeitgeber schon seit Anfang des Jahres, eine Herabsetzung der Löhne zu erreichen. Die Gewerkschaften lehnten diesen Bestrebungen heftigen Widerstand entgegen. Da seit dem 1. Mai ein tarifloser Zustand eingetreten war, wurde der Reichs- und Staatskommissar für Westfalen zur Schlichtung des Konflikts angerufen. In dem nun diesem gebildeten Schlichtungsausschuss saßen u. a. die Mitglieder des Reichswirtschaftsrats Dr. Cohen, Gieseler und Weill. Der Schlichtungsausschuss lehnte den Antrag, allen Arbeitern 25 Pfa. pro Stunde vom Lohne abzuziehen und den verheirateten Arbeitern ein Hausstandsgeld von je 1 Mk. für Mann und Frau zuzuerkennen, ab und lehnte den bisherigen Vertrag mit Ausnahme der Bestimmungen über Arbeitszeit wieder in Kraft. Es wurde in der Begründung angegeben, daß die Kosten der Lebenshaltung eine Abwärtsbewegung erhalten haben. Inbalden sei die Frist zu kurz, die der Arbeiter zur wirtschaftlichen Erholung brauche, um schon jetzt mit dem

Lohnabbau, selbst nur bei einzelnen Gruppen zu beginnen. Sollten die Preise sich weiter nach unten entwickeln, so wird die allgemeine Lohnherabsetzung unvermeidlich sein. Die Grundzüge dafür müßten aber zweckmäßigerweise einheitlich sein und auf Vereinbarungen der Spitzenorganisationen beruhen.

Aus aller Welt.

Wolkenbrüche über Goslar. Am Freitag und Sonnabend gingen im Anschluß an Gewitter starke Wolkenbrüche über Goslar nieder, die namhaften Schaden besonders an den Straßenanlagen anrichteten.

Ein elässisch-badisches Grenzkarosium. Während die Friedensunterhändler die badischen Entlohnungen auf dem linken Rheinufer unter Zwangsverwaltung gestellt haben, ist anscheinend das elässische Dorf Rheinau vergessen worden, von dessen Gemahlung etwa 1000 Hektar infolge der Rheinregulierung auf dem rechten Ufer liegen. Um ihre Ländereien zu bebauen, bedürfen die Einwohner von Rheinau eines Baßes, der über 100 Mk. kostet und nur drei Monate gilt. Die französische Verwaltung hat bis jetzt, in Anerkennung der unerschuldeten Zwangslage dieser elässischen Bauern, für 70 Baße die Kosten auf sich genommen, und Baden hat sich entgegenkommenderweise für zwei Wochentage überhaupt mit einem vom Rheinauer Bürgermeister ausgetesteten Baßscheine begnügt. Da diese Notbehelfe jedoch für die landwirtschaftlichen Bedürfnisse der über 500 Dorfbewohner nicht ausreichen, so wird ein französisches Arrangement nach Art des an anderen Stellen existierenden „kleinen Grenzverkehrs“ angestrebt.

Fliegertod. In Nancy sind bei dem Absturz eines Militärflugzeuges vier Insassen getötet und ein fünfter verwundet worden.

Schwarze für deutsche Kinder. Unserem Düsseldorf-Parteiblatt, der „Freien Presse“, entnehmen wir folgenden Brief einer Negertin aus Oklahoma (U.S.A.): „Erlauben Sie mir, mit einer bescheidenen Gabe an der Ernährung der unglücklichen Kleinen mitzuhelfen. Ich bin jetzt arm und krank. Ich weiß, was Hunger und Kälte heißt. Beides habe ich gelitten. Und ich bin eine Mutter von sieben Kindern, die immer hart arbeiten müssen, um ihr Brot zu verdienen. Eine Mutter afrikanischer Abstammung, aber eine Christin. Ich muß immer an meinen armen Jungen denken, wie er übers Wasser in den Krieg mußte. Hunger, Kälte, Tod haben ihn erwartet. Bitte, nehmen Sie meinen Dollar, wenn er zu etwas gut ist. Das ist alles, was ich tun kann, denn ich bin nur eine arme Negertin aber ich habe den Aufruf an Amerika in den Zeitungen gelesen. Ich fühle mich als Amerikanerin, bin ich doch in diesem Lande groß geworden.“ — Eine andere Zuschrift lautet: „Inliegende neun Schilling sind der ganze Wochenlohn einer farbigen Waisfrau, die zur Ernährung der hungrigen Kinder beitragen will.“ — In einem weiteren Brief heißt es: „Ich bin ein Negertin und nur ein armer Handwerker, aber mein Herz gehört diesen Kindern. Hier haben Sie etwas, um eines von ihnen zu retten. 12 Jahre lang wird meine Familie von Krankheit heimgesucht, und oft habe ich mehr gebraucht, als ich verdienen konnte, um für alles aufzukommen. Aber da muß ich helfen, selbst wenn es uns weh tut. Beiliegend 20 Schilling.“

Wenn man das Leben verliert. Ein dreizehnjähriger Junge, der in Kansas City auf einen Baum geklettert war, um Walnüsse zu pflücken, geriet mit einer elektrischen Leitung in Verbindung. Dadurch wurde er an der Wange verbrüht. Seine Eltern stellten an die Power and Light Company Schadenersatzansprüche, und zwar forderten sie 20 000 Dollar. Das Gericht billigte die Forderung wegen der besonders betrüblichen Tatsache, daß der Knabe infolge der Verwundung einen Wangenmuskel verlor, so daß er nie mehr imstande sein wird zu lachen.

Männerimport. Zwei Millionen heiratsfähige Frauen mehr als Männer oder ein Verlust von sechs Millionen Kindern, das ist die Folge des Krieges in Frankreich. Hier eingreifend Hilfe zu schaffen, läßt sich nach der „B. Z. am Mittag“ der Pariser Professor Dr. Paul Carnot angehen. Er schlägt vor, zwei Millionen heiratsfähige Männer aus anderen männerreichen Ländern importieren zu lassen. Die bereits zur Klarlegung seines Planes unternommenen Schritte finden, wie es heißt, schon großen Anklang bei jungen Männern in Argentinien, Kanada, Kalifornien und anderen südtlichen Ländern, die sich in Zukunft bereit erklären, bei hinreichender Zusicherung für Betätigungsmöglichkeiten nach Frankreich zu kommen und unter den Töchtern des Landes ihre Wahl zu treffen.

Die benötigte Glase. Allen Kahlköpfigen verspricht Hoffnung und Hilfe der New Yorker Arzt Dr. James Thompson, der eine Maschine zum Auswachsen von Haaren auf Glase erfunden hat. Eine sehr feine Nadel, die durch Elektrizität in Tätigkeit gesetzt wird, kann in einer Stunde hundert Haare auf dem Kopf „befestigen“. Die Maschine wurde bei dem Jahresessen des New Yorker Kahlköpfigenklubs vorgeführt, und nach dem Essen nähte der Erfinder auf die strahlenden Glase von acht Mitglieberten Haare an. Man will nun die Folgen dieser Prozedur ein Jahr lang abwarten, und es sollen bei der nächsten Jahresversammlung Preise verteilt werden an diejenigen, die dann die meisten und die schönsten Haare haben. Die Preisverteilung wird gewiß am nächsten — 1. April stattfinden!

Peft in Mexiko. In dem Hafen Tampico haben sich vier neue Fälle von Spanienpest und drei Todesfälle ereignet. Bisher beträgt die Gesamtzahl der gemeldeten Fälle in Tampico vierzig. Es sind strenge sanitäre Maßnahmen getroffen worden.

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Hamburg, 30. Mai.
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.

	30. Mai.	28. Mai.
Holland	100 fl.	2177.50
Kopenhagen	100 Kr.	1115.—
Stockholm	100 Kr.	1450.—
Kristiania	100 Kr.	962.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	128.75
Schweiz	100 Frs.	1107.50
Wien (alt)	100 K.	—
do. (neu)	100 K.	15.75
Budapest	100 K.	23.87
Prag	100 K.	91.25
Spanien	100 Pesetas	825.—
London	1 £	244.75
Paris	100 Frs.	526.—
Belgien	100 Frs.	526.—
italien	100 Lire	334.—
Bukarest	100 Lei	—
N. York telegr. Ausz. 1. Doll.	63.37	62.62
do. briell. Ausz. od. Scheck	63.12	62.50

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 30. Mai 1921.

Dampfer	Schiffname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrtzeit
D.	Otto Jppen 25	Usee	Stettin	6
Angelommen am 31. Mai 1921.				
D.	Pauline Haubuß	Stahl	Stockholm	2 $\frac{1}{2}$
D.	Torneo	Blomquist	Helsingfors	3
D.	Galland	Solmen	Abo	2 $\frac{1}{2}$

Deutschlands Städtebau: Lübeck.

Man mag dem Deutschen nachsagen, was man will, eines wird ihm nicht abgeprochen werden können: seine unverwundliche Schaffenskraft und Schaffenslust. Sie ist nicht erst gestern entstanden und wird auch morgen noch nicht verkümmern. Der Tätigkeitsdrang des Deutschen, sein Willkür, wieder aus der Tiefe des Glendes nach oben zu kommen, führt unserm Volke die Zukunft. Im Wettstreit der Einzelstaaten und Städte hat sich auch Lübeck aktiv beteiligt und bemüht es sich noch. Das beweist auch das uns vorliegende Werk: Deutschlands Städtebau: Lübeck, herausgegeben von Senai der Freien und Hansestadt Lübeck, bearbeitet vom Bauart K. W. Birt. In einem stattlichen Band im Großquartformat wird uns hier die Heimstadt Lübeck so klar vor Augen geführt, daß selbst dem vermeintlichen Kenner das Herz ausgeht vor all dem Schönen, das uns in und außerhalb der Stadtgrenze umgibt. Zahlreiche von Kunst beglückten in der Hunderte von Bildern, die Alt- und Neu-Lübeck veranschaulichen.

Und von den Bildern wollen wir zuerst reden. Sie prägen uns in ruhiger Besinnlichkeit erst recht ein, welche löstliche Bauwerke Lübeck aus dem Sturm der Zeiten gerettet hat. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß unsere Hansestadt gerade in dieser Beziehung eine achtunggebietende Stelle unter den deutschen Städten einnimmt. Freilich hat, wie Prof. Wegger in dem einleitenden Aufsatz über das alte Lübeck hervorhebt, der steigende Verkehr und das Anwachsen der Bevölkerung das ursprüngliche Stadtbild verändert. Aber in dem Werke sind von dem aus alter in die neue Zeit Geretteten doch noch so viele Kunstbauten zusammengetragen, daß trotz allem noch genug des Sehen- und Erhaltungswertes übrig bleibt. In mühevoller Weise ist es zusammengestellt, wirkt es auf Auge und Phantasie, die durch geschichtliche Erinnerung aufgeschlossen wird. Das heißt alles so breit und prägnant, so bestimmt und herausfordernd da, daß es unmittelbar wirken muß: die alte Befestigungsmauer am Burgort, der Marktplatz mit dem Rathaus und der hochragenden Marienkirche, das Angkor, Heilig-Geist-Hospital und berühmte Kröngebäude hat die photographische Blatte herab auf die Erde und der Verlag in Berlin-Halensee in sauberem Druck veröffentlicht. Herr Prof. Weggers Schilderung des Stadtbildes, der Entstehungsgeschichte der wichtigsten Bauten und der Hanse wirkt lebhaft, belehrend und anregend.

Lübeck weist aber auch unter den Bauwerken der neueren Zeit vom Alltäglichen abweichende Lebenswürdigkeiten auf. Herr Baurat Birt legt im zweiten Artikel die Entwicklung der Architektur auseinander und zeigt ebenfalls an einer großen Anzahl Abbildungen deren Resultate. Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die Vorkriegszeit ist so manches unterer Stadt zur Hiede reichende Bauwerk entstanden. Sie einzeln anzuführen, würde zu weit führen. Wer die bildliche Zusammenfassung und die sachkundigen Ausführungen dazu liest, wird großen Gewinn daraus ziehen. Baurat Birt behandelt in einem weiteren Beitrag die Lübecker Kleinwohnungen und Siedelungen, die nicht minderes Interesse erwecken werden.

Lübeck besitzt aber noch weitere Vorzüge. Wenige deutsche Städte können sich einer schöneren, unmittelbaren Umgebung rühmen. Können schattige Alleen und stilvolle Anlagen aufweisen. Ueber diesen „grünen Kranz der Stadt“ plaudert Herr Garteninspektor Maß und er beweist es auch zugleich im Bilde. — Ueber die „gemeinwirtschaftlichen Bezirke“, hat Herr Oberbaurat Hase einen instructiven Artikel verfaßt und den Lübecker Hafen behandelt Herr Wasserbauinspektor Reichweh. Von demselben Verfasser wird die Industrie Lübecks in Wort und Bild gezeigelt. Handelskammerpräsident Dr. Cards berichtet über Lübecks Handel und Verkehr und führt den tabellarischen Nachweis vom stetigen Aufstiege sowie von der achtunggebietenden Bedeutung unseres Verkehrslebens.

In über 90 Seiten versucht hier die Vertretung unseres Staatswesens den Nachweis zu erbringen, daß es sich nicht nur verdient, Lübeck einen Besuch abzustatten, sondern sich auch einen Platz zu dauernder Niederlassung auszusuchen. Diese Einladung ist in erster Linie an Handels- und Industrieunternehmer gerichtet und das Werk soll wahrscheinlich den Besuchern der nordischen Woche Lübecks Anziehungskraft beweisen. Wir sind sicher, daß es seinen Zweck nicht verfehlen wird. Dem stattlichen Bande wäre auch in der eigenen Stadt eine weite Verbreitung zu wünschen. Der Preis von 35 Mark wird den Lübeckern jedoch begreifen. Zu beziehen ist das Buch durch den Buchhandel oder vom Deutschen Architektur- und Industrie-Verlag, Berlin-Halensee, Hektorstraße 6. Das Werk umfaßt, wie erwähnt, 92 Seiten Text und Illustrationen und etwa ebenso viel Seiten wichtiger Plakate bedeutender Industriestätten und Handelsbetriebe. XX.